

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEIN. MIT AUSNAHME DES MONTAG TAGL. CH FRUH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Donnerstag, 22. Feber 1934

Nr. 44

Kerker der Konzentrationslager für alle Führer!

Auch wenn Ihnen „strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden sollte“

Schändung der „Arbeiter-Zeitung“ / Neue Massenverhaftungen

Wien, 21. Feber. Die Untersuchung gegen die verhafteten Führer der aufgelösten sozialdemokratischen Partei Oesterreichs wird unter drei Gesichtspunkten geführt: zuerst gegen diejenigen, welche an dem Generalkriegsplan teil hatten, sie sollen so bald als möglich in Freiheit gesetzt werden. Diejenigen, welche sich an der Agitation für den Generalkriegsplan beteiligt haben, werden polizeilich abgestraft werden, und zwar mit Arrest bis zu sechs Monaten. Diejenigen, welche sich schwere Delikte zuschulden kommen ließen oder mit Waffen in der Hand betroffen wurden, werden den ordentlichen Gerichten übergeben werden. Die Führer der aufgelösten Partei Seih, Renner, Ellenbogen, Danneberg, Preitner u. a. wurden bereits mehreren Verhören unterzogen, über ihr Schicksal ist jedoch noch kein Befehl ergangen. Wenn ihnen irgend eine strafbare Handlung nachgewiesen wird, werden sie vor Gericht kommen, andernfalls werden sie, wie die heutigen Abendblätter mitteilen, in ein Konzentrationslager geschafft werden.

Proletariemörder heucheln zynisch „christliche“ Arbeiterliebe

Wien, 21. Feber. Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat auf Grund der Verordnung vom 16. Feber 1934 den Verwaltungsausschuss der Druckerei- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ bestellt. In der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsausschusses gab der Vorsitzende Chefredakteur Weber eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Wir haben hiebei die Aufgabe übernommen, die Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ und ihre Zeitungen umzubauen als zentralen Presseapparat für die österreichische Arbeiterpartei und deren Interessen im neuen Oesterreich. Bundeskanzler Dollfuß hat in diesen Tagen in wiederholten Erklärungen festgestellt, daß die österreichische Arbeiterpartei den vollen Schutz der österreichischen Bundesregierung in allen ihren moralischen und materiellen Ansprüchen genießt. Aus diesem Christentum heraus ist die Regierung grundsätzlich Freund und Förderer der Arbeiterpartei, als deren Anwalt in der Öffentlichkeit die Verlagsanstalt „Vorwärts“ künftighin dem wahren und echten

sozialen Verständnis zwischen allen Ständen und ihrer Arbeiterschaft dienen soll. Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat aber auch an die Intelligenz und Berufenen, die für das Bestehen ihrer Führer nicht verantwortlich gemacht werden sollen, den christlichen und warmherzigen Appell gerichtet, Einkehr zu halten und mit allen übrigen Bürgern dieses Staates den Wiederaufbau unseres hartgeprüften Vaterlandes durch ihre Mitarbeit herbeizuführen. Auch Bundeskanzler Fey hat den gleichen Gedanken nachdrücklich unterstrichen. Diese Feststellungen seitens der Regierung werden dem Verwaltungsausschuss der Druckerei- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ A. G. als Leitgedanke dienen. Vergeltungswünsche müssen verkommen. Aber auch alle, die durch das traurige Geschehen dieser Tage wieder zur Einkehr und Besinnung gelangen, müssen zusammenstehen. Der Betrieb der Zeitungen des „Vorwärts“-Verlages wird reiflich diesem Gedanken gewidmet sein.“

Die Arbeiten im „Vorwärts“-Betriebe sollen in den nächsten Tagen ausgenommen werden.

Ermordete Gefangene

Wie der Londoner „Daily Herald“ berichtet, haben Heimwehleute am Samstag in Simmering fünf Schusswunden erlitten, die angeblich ein Maschinengewehr wegbringen wollten und auf Galitz nicht stehen blieben. In diesem einen Fall wird die Ermordung von Gefangenen auf diese Weise zugegeben.

Standrecht bleibt!

Um ein Zeichen ihrer Friedensliebe zu geben, hat die Regierung Dollfuß das Standrecht für Aufruhr aufgehoben. Sie konnte das tun, denn der „Aufruhr“ selbst ist ja beendet. Aber das Standrecht für Mord, Brandstiftung und „öffentliche Gewalttätigkeit“ bleibt bestehen, so daß die allerchristlichste Regierung Europas alle Nordvölkern weiter in ihren Händen behält.

„Friedens“-Aktionen?

Der Charakter der „Befreiungaktion“ ist auch daraus zu erkennen, daß die Druckerei der Wiener Genossen, die „Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, durch eine Verordnung der Bundesregierung in den Besitz der Regierung übergeführt wurde, die einen eigenen Verwaltungsausschuss einsetzt. Bekanntlich hatte der Bundeskanzler mitgeteilt, der Arbeiterpartei werde „ihre Eigentümern erhalten werden“.

In der „Ansbacher Bibliothek“ explodierte ein „Friedens“-Petard, die großen Schäden anrichtete und zwei Menschen verletzte. Herr Dollfuß mag es kein großer Verlust sein, daß sie reichsdeutschen Ursprungs ist und also offenbar von Nationalsozialisten gelegt wurde.

Leichen-Reklame

Wir haben schon gestern darauf verwiesen, daß Dollfuß aus der Bestattung der Toten der Bundesexekutive, die Dienstag vorgenommen wurde, politisches Kapital zu schlagen versuchte. Nicht nur, daß die Zeitungen, die sich gegenwärtig vollständig unter dem Druck der christlichen Arbeitermörder befinden, die widerlichsten Mordgeschichten um die Gefallenen der Exekutive erzählten, daß sie jeden Soldaten des Heeres oder der Polizei, der in dem ungleichen Kampfe fiel, als Helden und die mit Kanonen und Bomben beschossenen Arbeiter als Helden bezeichneten, daß sie weiter mit großem Behagen die Details der Leichenfeier schilderten, etwa so, wie es bei einer Theatervorstellung gemacht wird, die ohne genügende Reklame keinen Besuch hätte, hat Herr Dollfuß ganz neue Methoden der politischen Agitation eingeschlagen, die so frivol wie verwerflich sind. Presse, Rundfunk, Kempter und Kirche machten für die Teilnahme an den Zeremonien, die der Beisetzung der 49 Toten vorangingen, eine noch nie dagewesene Reklame, dazu kam noch der Zwang der Mieter in den Gemeindefürsorgehäusern, die man besonders streng, mit dem gleichzeitigen Hinweis auf die geplante Umfriedung in den Gemeindefürsorgehäusern, aufforderte, während der Leichenfeier krennende Kerzen in die Fenster zu stellen. Die zum Teil bereits neuernannten christlichsozialen Hausverwalter starteten nicht mit Drohungen für den Fall der Weigerung, dem Aufruf der Regierung Folge zu leisten. So kam es, daß diese Arbeiter, durch den schwarzen Terror bedroht, äußerlich den Wünschen der „Christen“ nachkamen und für jene, die gegen ihre Väter, Brüder und

Männer gekämpft hatten, Opfer brachten, während ihre eigenen Toten wie Hunde in die Gruben geworfen wurden. Ja, noch mehr! Dienstag vormittags ließ die Kartätschenregierung ständig von mit Stahlhelmen versehenen Soldaten Lakraftwagen durch die Straßen Wiens führen, auf denen sich ein mit der weiß-roten Flagge verdecorierter Saarg befand.

Heldentragödie Ehepaar Weissel Selbstmord der Gattin des Hingerichteten

Wien, 21. Feber. Die Gattin des Floridsborfer Kommandanten der Feuerwehr, des heldenhaften Genossen Ing. Weissel, der von den Kartätschenchristen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, hat Selbstmord durch Erschießen verübt. Frau Weissel soll ihrem Mönne vor seinem Tode zwar versprochen haben, sich nicht anzutun, hat aber heute offenbar einen Nervenzusammenbruch erlitten und ihrem Leben ein Ende gemacht.

So sieht die „Ruhe“ aus!

Wien, 21. Feber. (Amtlich.) Western und heute wurden etwa 200 weitere Personen aus der Untersuchungshaft entlassen, gleichzeitig wurden aber ungefähr 100 Personen, namentlich im 21. Wiener Bezirk neu verhaftet, weil bei ihnen Waffen gefunden wurden.

Wiener Neustadt, 21. Feber. Auch in Wiener Neustadt wurden unter den Führern der aufgelösten sozialdemokratischen Partei neue Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der bekannte Anwalt der sozialdemokratischen Partei Dr. Siegmund Reichardt.

Der Kampf in der Regierung

Inzwischen gehen die friedvollen Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung weiter. Die Christlichsozialen, die offenbar als Partei weiterleben möchten, hatten den schäblichsten Versuch gemacht, die Einberufung des Nationalrats durchzusetzen. Die Heimwehr hat ihnen zu verstehen gegeben, daß daraus nichts werden könne und sie haben sofort kein beigegeben. — Dagegen hat Minister Dr. Ender, der zugleich Landeshaupmann von Burgenland ist, den bisherigen Landesführer der Burgenberger Heimwehr seines Amtes enthoben, weil dieser in letzter Zeit scharf gegen die Christlichsoziale Partei und insbesondere gegen die Burgenberger Landesregierung Stellung genommen hat.

Die Abberufung des früheren Generalsekretärs der Vaterländischen Front, des Ministerialsekretärs Kempner, von seinem Posten und seine Vorgehung durch einen Heimwehrmann hat eine Vorgeschichte, die für die schweren Gegensätze im Lager der Regierung sehr bezeichnend ist. Kempner hat nämlich in den Sturmtagen die Angehörigen der Vaterländischen Front bewaffnet; sie nahmen sich in den Straßen der österreichischen Städte als Soldaten übel genug aus. Herr Fey hat in der Bewaffnung der Vaterländischen Front einen unfreundlichen Akt gegen die Heimwehr erlitten, die sich als alleinige Retterin des Vaterlandes aufspielt. Unter dem Druck des Fey mußte Dollfuß seinen Kempner fallen lassen und an die Spitze der Vaterländischen Front den Heimwehrmann Dr. Stephan aus Graz setzen.

Auf dem Wege zum „katholischen“ Oesterreich

Von einem unpolitischen Beobachter

Die Könige und Kaiser haben behauptet, um vor dem Volke die Rechtmäßigkeit ihres Herrschertums zu erweisen, sie hätten solches Herrschertum „von Gottes Gnaden“. Also wenigstens irgendeine, wenn auch fadenscheinige Rechtfertigung der Gewalt. Da steht nun in Oesterreich ein Mann auf — Dollfuß ist kein zu gut bekannter Name — reißt die Macht an sich, und setzt die staatlichen Machtmittel ein gegen diejenigen Bürger, die die von Bundespräsidenten, Bundeskanzler und Anhang beschworene demokratische Staatsverfassung mit vollem Recht verteidigen wollen. So wird der österreichische Bundeskanzler und seine Hintermänner zum Urheber eines Blutbades größten und furchtbarsten Ausmaßes; einer Völkermord, die auch eine Absolution durch den frommen, „unpolitischen“ Kardinal Smitzer niemals abwuschen kann!

Man fragt sich unwillkürlich: Woher nimmt dieser körperlich und geistig durchaus nicht hochstehende Mann den Impuls, sich zum Usurpator der absolutistischen Gewalt aufzumwerfen? Offenbar haben ihn, den treuen Sohn der „Mutter Kirche“, die priesterlichen Inspiratoren eingeredet, der Kampf gegen die marxistischen Freidenker und Gottesleugner sei allezeit vor dem „christlichen“ Gewissen zu rechtfertigen. Dollfuß gefällt sich offenbar in der Rolle des Kreuzritters (Siehe Strudenkreuz!), der mit dem Rufe „Gott will es!“ den Kampf gegen die „Ungläubigen“ führt. Die erste Tat nach dem „Sieg“ über die „Gottesfeinde“ war doch das Wiederanbringen der Kreuze in den Schulen usw. Und der groß aufgezogene Katholikentag, der die Erinnerung an den Krieg gegen die Ungläubigen (Türken) wecken sollte, war nichts anderes als eine symbolhafte, politische Demonstration gegen die austrorömischen „Türken“. Was auf diesem Katholikentag vom Bundespräsidenten, vom Bundeskanzler u. a. m. gesprochen worden ist, das zeigt uns ganz klar, welches die treibenden Kräfte, welches die Ziele der „allerchristlichsten“ Staatsmänner sind. Es war ein Gedanke der römischen Kurie zu Zeiten Dr. Seipels, einen katholischen Donaustaat, bestehend aus Oesterreich, Bayern, Ungarn usw. herzustellen. Diese Pläne mußten sich nach der Revolution der Nazi in Deutschland als undurchführbar erweisen. Im Grunde blieb von der ganzen Konstruktion nur das „katholische Oesterreich“ übrig, auf das sich das ganze politische Trommelfeuer der vatikanischen Diplomatie ergoß. Wenn heute vom „katholischen Oesterreich“, vom Aufbau dieses Staates nach den Grundfragen des päpstlichen Rundschreibens „Quadragesimo anno“ gesprochen wird, so ist dabei der Vatikan als Inspirator ohne weiteres zu erkennen. Dollfuß macht päpstliche Politik! Die hat in den letzten Jahren furchtbare Schläppen gerade in den katholischen Ländern, wie Spanien, Mexiko erlitten; selbst die Einigung mit dem faschistischen Italien war im Grunde genommen eine Niederlage der Kurie. Man stelle sich nur einmal die Allmacht der mittelalterlichen Päpste vor und halte dagegen, daß sie heute gezwungen sind, Konkordate mit den Staaten abzuschließen, was ihnen nicht einfiel, wenn heute noch Rom und Interdikt die Regierenden schrecken könnten.

Der Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe verrät abermals, wer eigentlich hinter Dollfuß steht! Dessen Exponent und Strohmann er ist! Der „fromme“ Bauernsohn aus dem allzeit schwarzen Niederösterreich hält dafür, daß das, was die Priester wollen, der Wille Gottes sei. Daher ist er im Gewissen durchaus nicht be-

Mieterschutz abgestimmt

Keine weiteren Aenderungen an der Ausschussfassung

Frage 21. Februar. Wieder erwarten nahm heute das Parlament nach einer keineswegs überlangen Debatte die Wohnungsgesetze unverändert in der Form an, wie sie gestern im sozialpolitischen Ausschuss festgelegt worden war, während der Senat ungefähr zur selben Zeit programmgemäß die beiden Vorlagen über den Exekutionsschutz für Landwirte und für Arbeitslose genehmigte. Nach kurzen Sitzungsunterbrechungen wurden die genannten Vorlagen dann noch in der jeweils anderen Kammer den Ausschüssen zugewiesen.

Am Vormittag sah die Situation noch ziemlich bedrohlich aus. Im Parlament bemühte sich Dubicki, um jeden Preis noch im Plenum durchzuführen, daß die seit mehreren Jahren erlassene Bestimmung des Mieterschutzgesetzes vom Jahre 1925 wieder auflebe, wozu die Kosten von Reparaturen auf die Mietparteien aufgeteilt werden könnten. Auch wurden Stimmen für eine weitere Herabsetzung der Einkommensgrenze laut.

Im Senat wieder ließen die sozialistischen Parteien keinen Zweifel darüber, daß der Exekutionsschutz für die Landwirtschaft nicht zur Abstimmung kommen könne, solange nicht die Annahme des Mieterschutzgesetzes endgültig feststehe. Darüber waren wieder die Senats-Agrarier aufgebracht, obwohl doch gerade sie sich in der Vergangenheit hinsichtlich der Jointimierung von Vorlagen schon allenthalben geübt haben!

In diese Situation griffen jedoch die politischen Minister ein, die den gestrigen Ausschussbeschlüssen Respekt verschafften. Dem folgte anschließend noch ein Eingreifen des Ministerpräsidenten innerhalb seiner eigenen Partei. Daraufhin begnügte sich Dubicki im Plenum mit einem Appell an die Tränenröhren ob der sozialen Not der Hausbesitzer und der Mieterschutz wurde in beiden Lesungen abgestimmt, ohne daß — außer von kommunistischer Seite — Abänderungsanträge eingebracht worden wären.

Über die Mieterschutzvorlage referierte in sachlicher Weise der tschechische Nationalsozialist Langr:

Er erklärte u. a., hinsichtlich der Auslöschung der Kündigungsründe bei Heberbedingung des Hausbesitzer, bzw. seiner Angehörigen, in das eigene Haus habe man gewisse Konzessionen gemacht. Dagegen sei die Forderung abgelehnt worden, auch die Zweizimmerwohnungen auszuscheiden und eine Rinderhöhung bei den Wohnungen zuzulassen. Namentlich hinsichtlich der Kleinwohnungen sind die Behauptungen übertrieben, daß der Mieterschutz nurmehr eine Minderheit umfasse.

Von den Einzimmerwohnungen im gesamten Staatsgebiet sind noch 234.303 geschützt, während nur 121.883 ungeschützt sind. Also zwei Drittel der Kleinwohnungen sind noch unter Mieterschutz!

Dergleichen stehen zwar Wohnungen leer; das sind aber durchwegs große oder zu teure Wohnungen. Allein in Groß-Prag gibt es noch 264.000 überfüllte Wohnungen!

Der Referent kündigte weiter an, daß die Frage des Regresses nach einer Erklärung des Bürgerministers durch eine interministerielle Kommission gelöst sei und die betreffende Vorlage in den nächsten Tagen dem Parlament vorgelegt werden soll.

Auch der zweite Referent Svoboda (tsch. Sozialdem.) betonte, daß die Vorlage niemandem vollkommen befriedigen könne, weil sie ein Werk des Kompromisses sei; trotzdem könne man konstatieren, daß es gelungen sei, den Schutz der wirtschaftlich schwächsten Mieter weiterhin zu sichern.

In der Debatte

Im Rat die kommunistische Rednerin Šodínová ganz besonders mißfällig für die Besitzer von Dreizimmerwohnungen und die Mieter mit mehr als 24.000, bzw. 36.000 Kč Reineinkommen ein und operierte sogar mit der ganz erlogenen Behauptung, daß die Kosten der Reparaturen auf die Mieter aufgeteilt werden können.

Die deutschen Aristokraten, die seit den Wiener Vorfällen im Parlament nicht den Mund aufgemacht hatten, schickten heute Herrn Šcharnagl vor, der sich bereits wieder ganz sicher fühlte und tadelte, daß die Regierung zu wenig Wert auf die sachliche Mitarbeit der Opposition lege. — Angesichts des Vorgehens des Dollfuß gegen die dortige sozialdemokratische Opposition gehört wirklich eine direkt jesuitische Unersorglichkeit dazu, sich bei uns über die Behandlung der Minderheit zu beklagen!

Dem Nationaldemokraten Pečovický geht der Abbau des Mieterschutzes viel zu langsam. Dr. Bažar (NSDAP.) erklärt, daß das ganze Wohnungsproblem eigentlich ein Zinsenproblem geworden sei. Der tschechisch-österreichische Beszdel redete den Hausbesitzer gut an, doch in diesen Krisenzeiten ihre Forderungen nicht zu weit zu treiben.

Später hielt der Agrarier Dubicki, der Vertreter der Hausbesitzerinteressen, eine lange Rede, in der er u. a. behauptete, die Bedingungen für die Liquidierung des Mieterschutzes seien hundertprozentig gegeben, weil die Mieten sinken und an Wohnraum Mangel herrsche (aber nur an großen Wohnungen). Er wiederholte dann auch die üblichen schon hundertmal wiederholten „Gründe“ für die Aufhebung des Mieterschutzes, wobei er sich vergeblich bemühte, der starken Profisucht der Hausbesitzer einen sozialen Anstrich zu geben. Man hätte mehr für das Hauseigentum machen können, rief er berührt aus, wenn nicht ausschließlich politische und Klassenmotive entschieden hätten.

Nach dem Schlusswort Langrs wurde die Vorlage in beiden Lesungen angenommen. Die Sitzung wurde dann unterbrochen, bis die beiden Exekutionsschutzvorlagen aus dem Senat vorgelegt werden konnten. Sie wurden sofort den Ausschüssen mit Frist bis morgen 10 Uhr früh zugewiesen. Die nächste Plenarsitzung findet am morgen um 11 Uhr statt.

Herr Dr. Stern hat gegen den Genossen Jaksch ein Einschreiten nach Paragraph 51 der Geschäftsordnung verlangt. Es handelt sich um die Vorfälle am letzten Freitag, über die wir seinerzeit ausführlich berichtet haben. Das Ansuchen wurde dem Immunitätsausschuss zugewiesen.

Exekutionsschutz vom Senat genehmigt

Im Senat wurde die Debatte über den Exekutionsschutz für Landwirte und für Arbeitslose gemeinsam abgeführt.

Der Referent Panek erklärte, die Ausdehnung des Exekutionsschutzes auf die Arbeitslosen sei aus dem Grunde notwendig, weil auch sie vielfach bewegliches und unbewegliches Eigentum haben, vor allem Familienhäuser, für die sie jetzt die Annuitäten und Zinsen nicht aufbringen können. Ohne den Exekutionsschutz würden die Leute um alles kommen, was sie bisher in ihr Haus hineingesteckt haben. Der Ausschuss hat die Bestimmungen in der Vorlage auch auf Gewerbebetriebe und ausgebreitet, die in der letzten Zeit ihre Gewerbe infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse aufgeben mußten.

Über den Exekutionsschutz für Landwirte referierte Senator Danko. Die wichtigsten Aenderungen, die gestern im Ausschuss noch vorgenommen wurden, betreffen den Paragraph 3, wo aus den exekutiblen Forderungen die zweiprozentigen Zinsen wieder ausdrücklich ausgesprochen werden. Bei prolongierten Wechseln ist die Frist der ersten Ausstellung maßgebend. Exekutierbar sollen (bis zum Betrage von 500 Kč) nicht nur Forderungen von Gewerbebetreibern, sondern auch von Kaufleuten sein.

In der Debatte sprach von deutscher Seite außer dem Genossen Holický, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle wiedergeben, nur noch Tichý (Gewerbebetreiber), der mit der Aenderung des Paragraphen 4 zugunsten erwerbsloser Gewerbebetreibern nicht zufrieden ist und ausreichende Schutzmaßnahmen für den Gewerbebestand verlangt. Seine Partei werde aber für die Vorlage stimmen.

Die beiden Vorlagen wurden in beiden Lesungen verabschiedet und sofort an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet. Die inzwischen aufgelegte Wohnungsvorlage wurde noch den Ausschüssen zugewiesen. — Nächste Sitzung um 9 Uhr früh.

Das Hopfenprovenienz-Gesetz

Im landwirtschaftlichen Ausschuss wurde Dienstag das Hopfenprovenienz-Gesetz verhandelt, das die obligatorische Bezeichnung des Hopfens, die Regelung der Hopfenanbaufläche und die zwanagsweise Organisation der Hopfenbauern vorseht. In der Generaldebatte wies Genosse Leibl darauf hin, daß es sich hier um einen begrüßenswerten Versuch einer systematischen Planwirtschaft unter Staatskontrolle handle. Die wirtschaftlichen Interessen der Kleinbauern sind in der Vorlage gewahrt; allerdings müßten sie auch in den vorgesehene Zwangsorganisationen einen entsprechenden Einfluß haben. Genosse Leibl sprach sein Befremden darüber aus, daß von einem Betrag von 180.000 Kč, der angeblich vom Staate für Hopfensproben zur Verfügung gestellt wurde, die Mitglieder des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Gärtler gar nichts erhalten haben. Wir sind nicht gewillt, in Zukunft eine solche einseitige Protektionismuswirtschaft weiter zu tolerieren. — Die Spezialdebatte wird erst in der nächsten Sitzung durchgeführt werden.

In den nächsten Tagen erscheint:
Zwischen den Weltkriegen
32 Seiten mit einer Karte des Fernen Ostens.
Die Kriegsgefahr in Asien und das Schicksal Europas. (Letzter SOS-Ruf für Europa).
Jeder lese diese Broschüre! Ké 2.—
Auslieferung:
Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag XII., Slezská 13

unruhig, wenn er tausenden Brüdern ein frühes Grab bereitet. Gottes Wille! Er will seine „Untertanen“ nach der altbekannten und oft geübten Weise „katholisch machen“. Was ist denn nicht alles schon im Namen des gütigen Nazareners geschehen!

Die Absicht, die bösen „Austrotürken“ zu besiegen bestand ohne allen Zweifel. Denn ein katholisches, richtiges: **Klerikales Österreich** sollte doch erstellt werden. Dem stand die starke Front der nichtklerikalen Arbeiterschaft gegenüber. Daß sie so kräftigen Widerstand leisten würde, hatten die Vertreter des „Christentums“ nicht vorausgesehen. So ist denn der Weg zum „katholischen Österreich“ ein Weg, der durch Blut und Tränen geht. Jedenfalls ein äußerst „christlicher“ Weg. Dollfuß und seine Dintennänner glaubten dem Christentum zu dienen, in Wahrheit haben sie, wie es so oft in der Geschichte der Fall gewesen, dem Christentum in die Hände gespielt! Wir werden doch bald an den Auswirkungen des Dollfußschen Kreuzzuges erkennen können.

Und wenn heute Kardinal Innitzer und seine Priesterchaft sich selbst als die „Friedensstifter“ selbsterklären, dann wird man Katholikentagsreden und Hirtenbriefe zur Hand nehmen und — sich seine Gedanken machen. Es ist sehr leicht, ein Feuerlein zu schüren, aber es ist schwer, einen Brand zu löschen mit solbungsvoollen Worten.

Dollfuß, von Gottes (d. h. der Priester) Gnaden apostolischer Kanzler des katholischen Österreich, kann eines besonders kräftigen päpstlichen Segens sicher sein! Und wer nicht einseht, daß dies die Hauptfalle ist, der bleibt ein Tölpel sein Leben lang!

Zu Voltaire trat einst ein hoher geistlicher Würdenträger in die Stube mit den Worten: „Also hier werden die Pfeile geschickt gegen die Kirche!“ Voltaire antwortete: „Sie irren sich, mein Herr, nur — die Schilde!“ In diesem Sinne ist auch dieser Beitrag aufzufassen. Gegen priesterliche Herrschaft braucht die Freiheit starke Schilde. Es ist leider wahr, was Kant gesagt: „Das Pfaffenstum ist allzeit bereit, aus einem bloßen Lehrtand in einen regierenden überzugehen.“

In Österreich wird dieser Versuch gegenwärtig gemacht!

Peter schüttelte immer noch verwundert den Kopf.
„Nein, mein Lieber,“ sagte er gemächlich, „du hast es doch nicht verstanden...“
„Was denn?“ fragte der Prinz erwüthert.
„Du willst nicht?“
„Nein, das will ich nicht... nicht mehr, selbst wenn du mich höchlich zum General oder Marschall machen willst... Glaubst du, daß ich mich bei dir besorgen sollte, um Wiederherstellung meiner Ehre in dergleichen Dinge zu erlangen? ... Wenn mein Cheggie darnach sterbe, hätte ich mir lieber die Zunge abgebißen, als mit dir darüber zu reden. Keine, du kennst mich nicht, Junge, wenn du's auch gut mit mir meinst... Niemals werde ich mehr eure Uniform tragen. Ich bin ein lebensdiger Mensch geworden und in einer Leichenkammer fühle ich mich nicht wohl.“
Der Prinz schaute ihn entsetzt an.
„Ist das deine Heberzeugung?“
„Natürlich ist das meine Heberzeugung.“
„Aber verdammt, das Unrecht muß doch gutgemacht werden!“
Peter lachte höhnlich.
„Das bist du wiederwärtiges Unrecht“, jagte er verächtlich. „Was bedeutet das gegen den gewaltigen Haufen Unrecht, Schmutz und Verbrechen, der unsere ganze Welt ausmacht? ... Laß nur, 's ist nicht der Mühe wert.“
„Du bist verbittert und redest nur so daber.“
„Ich bin verbittert, ja, darin hast du recht.“
„Laß es meine Sorge sein...“
„Das kannst du nicht und du wirst es auch nicht wollen.“
„Ich kann und ich will.“
Wiederum erklang Peters höhnisches Lachen. Er drehte langsam den Stiel des Weinglases am Tisch und starrte in den blutigen Widerstreifen des funkelnden Getränkes.
„Nicht so, wie ich es meine“, sagte er bedächtig.
„Aus dem Ton deines Berichtes hörte ich, wie

seht du dich gekränkt fühlst und wie es noch an dir sticht.“
„Du irrst... Vielleicht habe ich mich mitreihen lassen von der Erinnerung... Dein verfluchter Wein... Aber das ist alles Nöthsin... Vorbei...“
Starrköpfig beharrte der Prinz:
„Laß mich nur erst deine Ehre wiederherstellen... Dann kannst du freiwillig Abschied nehmen... Ich werde dich nicht festhalten... Dann stehen dir viele ehrenvolle Posten offen.“
„Nein, danke dir, wirklich nicht... ich habe nichts übrig für deine ehrenvollen Stellen... Ich habe ja übrigens schon einen Ehrenposten.“
Der Prinz stierte seine Nase in die Luft:
„Arbeiter in einer verfluchten Baracke!“
„Du sollst niemals wissen, wie verflucht! ... Aber meine Stellung ist doch ehrenvoll. Ich arbeite und verdiene mein Brot. Ich brauche niemandem Dank zu sagen.“
„Du Tropf!“ ipottete der Prinz.
Peter Janzi sah ihn absehnend an.
„Warum nicht?“ fragte er. „Warum darf ich keinen Trost haben und so eine aufgeblähte, nichtsnützige Erscheinung wie ein Offizier ja? Lächerlich!“
„Du bist lächerlich!“ fuhr der Prinz auf. „Ich will dein Freund sein und dir als Freund helfen. Du sollst mein Adjutant sein... Du hast einen Kopf, einen starken Willen, Mut, Energie... Du brauchst nichts anzunehmen, was du nicht verdient zu haben meinst... Du kannst durch Verdienste emporsteigen, reich werden, mächtig.“
„Als dein Adjutant.“
„Was soll das?“
„Ich will niemandes Adjutant sein. Ich will ich selbst sein!“
„Du bist irrsinnig vor Hochmut, Mann!“
„Sehr leicht möglich... Aber doch bin ich lieber ich selbst als dein Adjutant mit Ehren und Geld und Ritterorden und Macht und alles... Ich bin wieder derselbe wie damals, als wir zus-

sammen herumstrolchten. Mein Vater kann mich nicht mehr verprügeln, aber wenn ich etwas falsch mache, kann ich immer noch einen Paß Schläge vom Leben erhalten... Aber Zimmerarrest, siehst du... das habe ich von keinem Menschen zu befürchten und von nichts mehr...“
Entnützig ließ sich der Prinz in seinen Stuhl fallen, ergriff eine neue Flasche Wein und füllte die Gläser.
„Mit dir kann man nicht reden“, modte er enttäuscht. „Für mich wäre es eine herrliche Genugtuung gewesen, dir die so augenscheinlich verdiente Rehabilitation zu erwirken.“
„Nicht der Mühe wert“, wiederholte Peter hartnäckig. „Ich will nichts, das ist alles.“
„Nun, dann eben nicht, verflucht! ... Ich dränge niemandem meine Gunst auf... Ich stehe nicht darauf an zu betteln, ob ich dir gefälligst helfen darf... Robote dann nur in deiner Fabrik, daß deine Begabung verkommen in stumpfsinniger Arbeit, die der erblichste Idiot ebenso verrichten kann. Wenn du das wirklich zu allererst wünschst, mußt du es selbst wissen. Du bist Herr deines eigenen Lebens.“
„Für einen werdenden König über dieses autokratisch regierte Land nimmst du nicht einmal einen gar so beschränkten Standpunkt ein“, ipottete Peter grinsend. „Aber du triffst den Nagel auf den Kopf: seit ich von der Kriegsschule weg bin, fühle ich mich Herr meines Lebens. Und dieses Gefühl möchte ich nicht mehr missen.“
Der Prinz seufzte, ließ sich in seinen Stuhl zurücksinken, hielt sein Weinglas gegen das Licht, bewunderte die tiefe Blau des edlen Trankes und ließ ihn misgeheimt durch seine Kehle fließen.
„Mitsamt all deinem Bech und all deinem Unglück bist du doch ein beneidenswerter Kerl, Peter“, sagte er, halb im Scherz, halb im Ernst. „Weißt du, seit wir uns vor zwölf Jahren begegneten, sind wir alle beide eigentlich noch genau dieselben geblieben.“
(Fortsetzung folgt.)

30
R. M. de Jong:
Verschlungene Pfade
Ein Roman in vier Episoden
Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen von E. R. Fuchs.
„Ich habe dich nur zu gut verstanden“, rief der Prinz, nochmals aufstampfend. „Du bist ein geborener Soldat und Heerführer, das habe ich verstanden. Und ich habe auch begriffen, was du darunter gelitten hast, daß deine Karriere so zertrümmert wurde... Der König ist durch lägenhafte Berichte hinter das Licht geführt worden. Ich werde mit ihm sprechen, eine Untersuchung verlangen. Dann wird die Wahrheit an den Tag kommen. Binnen einem Monat bist du Offizier nach Wahl und du kommst als Leutnant zur königlichen Garde, bei der ich Hauptmann bin. Diese Auszeichnung hast du mehr als verdient und ich möchte den Mann oder die Frau sehen, die dich mit scheelen Augen anzusehen wagen... Vor deinem dreißigsten Jahr noch bist du Stabsoffizier, dafür bürgt ich mit meinem Wort, selbst wenn es noch nie einen Stabsoffizier unter dreißig gegeben hat, verdammt!“ Er war in Feuererger gekommen. Sein Ekelmut riß ihn fort. Seine alle Bewunderung und Begeisterung für den tapferen und behenden kleinen Strolch von ehemals kam zum Durchbruch und für einen Augenblick war er nicht mehr der zweifelshafte, früh blasierte und alles jynisch verpöhlende Prinz, sondern der enthusiastische Anabe, der zum erstenmal fühlt, was Freiheit bedeutet und was sie aus einem machen kann. Mit neidischer Gebärde erhob er sein Weinglas, trank es leer, schenkte es wieder voll und sagte energisch:
„Heberlah das nur mal mir. Kommt in Ordnung. Auf mich kannst du rechnen!“

Achtung auf die Preise!

Wir haben bereits vor den erfolgten Währungsmaßnahmen auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus einer Devaluation der Krone für die Warenpreise und damit für die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung ergeben. Durch die Herabsetzung des Kronenkurses sind die ausländischen Valuten teurer geworden und damit auch jene Lebensmittel und Industriehilfsstoffe, die aus dem Ausland zu uns eingeführt werden. Nun sind zweifellos sowohl Nahrungsmittel ausländischer Herkunft als auch industrielle Rohstoffe genau im Lande, so daß zu einer augenblicklichen Verteuerung auch nur einer Ware kein Grund vorhanden ist. Was die inländischen Produkte betrifft, so besteht naturgemäß kein Grund, die Preise jener Waren, die im Inland erzeugt werden, zu erhöhen.

Der Ministerpräsident war sich der Pflicht, dem Steigen der Preise mit allen Mitteln entgegenzuwirken, bewußt und er hat auch in seiner Rede im Rundfunk darauf ausdrücklich hingewiesen. Tatsächlich sind verschiedene Maßnahmen getroffen worden, um einem Steigen der Preise Einhalt zu gebieten. Insbesondere ist es die Wucherabteilung des Innenministeriums, welche durch ihre Kontrollorgane besonders die Preise der Lebensmittel überwacht. Es ist auch an andere Maßnahmen gedacht, wie daran, größere Mengen von Waren aus dem Ausland hereinzulassen und eventuell die Zollsätze zu erniedrigen, wenn es zu ungeschickter Preissteigerungen bestimmter Einfuhrwaren kommen sollte. Nebenfalls sollten sowohl die staatlichen als auch die Behörden der Selbstverwaltungen die Entwicklung der Preise in der nächsten Zeit aufmerksam verfolgen, um die Bevölkerung vor der Ausbeutung durch Spekulanten, welche die Teuerungsmassnahmen zu persönlicher Bereicherung benutzen, zu mahnen.

Sechs neue sozialdemokratische Stadtvertreter in Aussig

Nach langer Dauer ist endlich die Entscheidung des Innenministeriums über die Besetzung der durch das Parteigericht erfolgten Mandate der Nazi und der Nationalpartei für die Stadt Aussig eingetroffen. Sie spricht von den 14 zu besetzenden Mandaten sechs den deutschen Sozialdemokraten, sechs der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft und zwei den Christlichsozialen zu. Sozialdemokraten und Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft erhalten je zwei Stadtratsmandate und ein Stadtratsmandat fällt den Christlichsozialen zu.

Zum 1. Vizebürgermeister wurde Herr Dr. Anton Arnold (DABW.) gestellt, 2. Vizebürgermeister wurde der Genosse Heinrich Fentisch.

Die Stadtvertretung wird sich nunmehr zusammensetzen aus:

Sozialdemokraten	17
Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft und Gewerkepartei	10
Kommunisten	6
Tschechische Nationalsozialisten	3
Deutsche Christlichsoziale	4
Tschechische Bürgerliche	2
Zusammen	42

Die deutschen Sozialdemokraten werden die fallenden Mandate wie folgt besetzen: Ein Stadtratsmandat übernimmt Genosse Franz Kersch, Verwaltungsstellenleiter des Metallarbeiterverbandes, der bisher schon Mitglied der Stadtvertretung war, das zweite Stadtratsmandat fällt auf Genossen Josef Brodsky, Beamter des Bezirkskonsumvereines in Aussig, der sowohl in die Gemeindevertretung, wie in den Stadtrat neu eintritt. Neu treten in die Gemeindevertretung die Genossen: Emil Kleinbauer, Polier; Hilde Maub, Lehrerin; Josef Sudl, Lehrer; Rudolf Müller, Dreher und Adolf Poffo, Eisenbahner.

Zahntechnikernovelle fertig

Zur Gewerbeausübung wurden Dienstag die langwierigen Verhandlungen über die Novellierung des Gesetzes vom Jahre 1920 betreffend die Zahnärztliche Praxis zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht. Mit der Annahme des Initiativantrages der Koalition wird ein Anrecht an jenen Zahnmedizinern gutgemacht, die bei Erlassung des Gesetzes (am 6. Mai 1920) bereits bei einem Zahntechniker in der Lehre standen. Nach dem damaligen Gesetz hatten diese Personen nicht mehr die Möglichkeit, sich als Zahntechniker selbstständig zu machen, weil seit damals zur Ausübung der Zahnheilkunde nur graduierte Ärzte nach eigenen Prüfungen zugelassen sind. Nunmehr wird ihnen doch noch die Ausübung einer selbstständigen Praxis ermöglicht werden. Die ganze Angelegenheit zog sich in einem Subkomitee durch mehr als drei Jahre hin. Selbst in der Diensttagssitzung erhob der Nationaldemokrat Kobal noch neue Einwendungen gegen die Vorlage.

Genossin Kirpal widerlegte jedoch Kobals Argumente und verwies darauf, daß die Vorlage mit den zuständigen Ministerien vom Subkomitee in ihrer gegenseitigen Form vereinbart wurde; jeder weitere Verschleppungsversuch müßte abgelehnt werden. Ein Vertreter des Gesundheitsministeriums brachte nochmals Einwendungen

Vergeßt die Arbeitslosen nicht!

Genosse Dr. Holtscher für den Ausbau der Helffürsorge

Prag, 21. Feber. In der Senatsdebatte nahm Genosse Dr. Holtscher heute die Gelegenheit wahr, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit neuerdings auf das fürchterliche Los der Arbeitslosen zu lenken.

Als Arzt, erklärte Genosse Holtscher, in einem Bezirk, wo es seit Jahren 8000 bis 10.000 Arbeitslose gibt, ungerne die Kurzarbeiter und die Jugendlichen, habe wohl das Recht und die Pflicht, von dieser Stelle aus wieder einmal alle Instanzen aufzurufen, die dazu berufen sind, das Schicksal jener Menschen zu betreuen und zu erleichtern.

Wenn man beobachten muß, in welcher erschütterndem Maße die Arbeitslosen körperlich und seelisch leiden, wenn man sieht, wie die Gesundheit ihrer Kinder sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, wenn man die arbeitslosen jungen Menschen beobachtet, die noch niemals in der Lage gewesen sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwerben, dann kann man es begreifen, daß diese Menschen den Mitleidenden an die Zukunft verlieren und immer mehr ins extreme Lager, sei es nach rechts oder nach links, gedrängt werden und sich von falschen Propaganden durch leere Versprechungen betören lassen.

In der Zeit, in der die Tschechoslowakei an die Zukunft hätte denken müssen, daran, daß auch bei uns einmal eine Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit kommen kann, in der es möglich gewesen wäre, durch die Arbeitslosenversicherung eine stabile Grundlage gegen die Arbeitslosigkeit zu schaffen, wurde dies vergessen, weil man auf die mahnenden Stimmen der Arbeitervertreter nicht hörte.

Dem neuen Fürsorgeminister legt Redner namentlich die Ernährungsaktion ans Herz und ermahnt ihn, er möge sich nicht von den Landesbehörden beeinflussen lassen, die immer darauf ausgehen, die Zahl der Lebensmittelkarten noch mehr

einzuengen und die Kosten der Ernährungsaktion und der Arbeitslosenunterstützung herabzusetzen.

Der Minister möge immer daran denken, daß es sich um das Schicksal von Hunderttausenden unschuldigen Menschen mit ihren Familien und Kindern handelt.

Genosse Dr. Holtscher befaßt sich dann ausführlich mit der Heilpflege der Arbeitslosen. Die dürftigen gesetzlichen Bestimmungen über die ärztliche Behandlung der Ortsarmen stammen aus einer Zeit, wo niemand damit rechnete, daß es eines schönen Tages Hunderttausende von Arbeitslosen geben wird, ja daß in einer Gemeinde die Hälfte der Bewohner arbeitslos ist und nun irgendwie ärztlich versorgt werden muß.

Im Vorjahr hat sich das Fürsorgeministerium der Sache angenommen, aber keine Behörde konnte die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Trotzdem wurde die Fürsorge durchgeführt, dank der Opferwilligkeit unserer Ärzte ohne Unterschied von Nation.

Wie aber soll man das Geld für die Rezepte anbringen, wie Entlohnung für die Geburtshelferinnen, die Speisen der Ärzte usw.? Die Bezirkskomitees bemühen sich nach Kräften, auf alle nur mögliche Weise Gelder herbeizubekommen, aber dieser Zustand ist für die Dauer unmöglich.

Vergessen wir nicht, was es für die Volksgesundheit bedeutet, wenn den Arbeitslosen nicht ärztliche Hilfe geboten werden kann! Schon sehen wir draußen das Aufblühen einer Reihe von Kinderkrankheiten, schon nimmt die Malaria, die Skroflose und die Krätze in unheimlichem Maße zu.

Ich warne alle, ichslos Genosse Holtscher, die berufen sind, für die Volksgesundheit zu sorgen, und halte es für eine dringende Pflicht der Regierung und des Parlaments, daß hier Abhilfe geschaffen wird. (Beifall.)

Nationalsozialist Paul Löbe?

Aufregung um ein seltsames Interview

Die kommunistischen Blätter verkünden in größter Aufmachung, daß Paul Löbe, der frühere Reichstagspräsident, zu den Nationalsozialisten übergetreten sei. Als Beweis führen sie eine Unterredung Löbes mit einem Berliner Berichterstatter der „Libre Belgique“ an, daß von den deutschen Zeitungen und von dem deutschen Rundfunk weidlich ausgehört wurde. Auf anderem Wege als auf dem der gleichgeschalteten Presse und durch die „Libre Belgique“ hat die Welt von dem Interview nichts erfahren. Aber die Zurechnung des Auftrages und die Unterredung selbst lesen wir im „Neuen Vorwärts“:

Die Hitlerpropaganda verbreitete dieser Tage ein angebliches Interview, das der Berliner Mitarbeiter der „Libre Belgique“ mit Paul Löbe gehabt haben will. Derselbe Korrespondent, dessen Unzuverlässigkeit bekannt ist, hat kürzlich auch die Behauptung Torglers zur RNAB gemeldet. Man kann also aus seiner Meldung keineswegs mit Bestimmtheit entnehmen, ob Löbe etwas zu ihm gesagt hat und was er gesagt hat.

Der belgische, aber offenbar auch dem Berliner Propagandaministerium nicht fernstehende Journalist läßt Löbe selber sagen, daß er nur wegen des Versprechens, sich nicht mehr politisch zu betätigen, freigelassen worden sei. Gätte sich Löbe dann dennoch politisch geäußert, so wäre das ein offenkundiger Widerspruch.

Kein Mensch darf heute in Deutschland ein Wort sagen, das den Despoten mißfällt. Wer unter solchen Umständen ein Wort zu ihrem Lobe sagt, der entwürdigt sich selbst. Wir können uns daher nicht denken, daß Löbe gesprochen hat, wie der belgische Korrespondent berichtet.

Mehr ist auch zu der kommunistischen Sensationsmeldung nicht zu sagen. Höchstens noch dies, daß Löbe dem Auftrager noch sagte:

„Ich bin mittellos und ich muß mit 60 Jahren das Leben neu beginnen. Ich bin durch die Strafen gegangen, um Arbeit zu erhalten, aber vergeblich. Ich hoffe, in Kürze als Korrekturenternehmen.“

„Und in der Zwischenzeit?“

Löbe zog ein paar Münzen aus seiner Tasche und legte sie auf den Tisch. „Meine erste wünschenswerte Arbeitslosenunterstützung“, erklärte er. „Ich erhielt sie heute: 11 Mark. Ein Politiker muß auf das Auf und Ab vorbereitet sein.“

Das aber haben die deutsche Presse und der deutsche Rundfunk totgeschwiegen.

Flüchtlingshilfe in Jugoslawien

Marburg. Hier trafen zwölf Flüchtlinge aus Oesterreich, meist aus Böhmsdorf, ein, die bei Drabograd die Grenze überschritten hatten. In Marburg wurde ein Hilfskomitee gebildet, an dessen Spitze der frühere Minister Kulovec steht. Man erwartet noch weitere Flüchtlinge in Jugoslawien.

Stawisky — internationaler Spion?

Paris, 21. Feber. Die heutigen Morgenblätter berichten, daß Stawisky neben seinen betrügerischen Finanzunternehmungen in den Diensten einer fremden Großmacht als internationaler Agent und Spion gestanden hat. Vorläufig wird vollkommenes Stillschweigen darüber gewahrt, für welche Großmacht er gearbeitet hat.

Noch immer ist es eine geheimnisvolle Frage, für wen die Schecks bestimmt waren, die Stawisky freigebig ausgab. Es wurde ermittelt, daß 864 von ihm ausgegebene Schecks auf den Betrag von 157.200.000 Franken lauten.

Durch Rita Georg und Magda Kupfer Verbindung mit Hitler?

Aus den der Sicherheitspolizei nahestehenden Kreisen wird angedeutet, daß zwei Schauspielerinnen, die Oesterreicherin Rita Georg und die Ungarin Magda Kupfer, mit den Hitlerführern in Frankreich Beziehungen unterhielten und daß ihnen Stawisky durch seine zahlreichen Bekanntschaften in politischen Kreisen verschiedene Nachrichten verschaffte, welche Hitler Agenten interessierten. Von anderen Stellen läßt man durchblicken, daß Stawisky auch mit englischen Kreisen sehr intime Beziehungen hatte. Die Sicherheitspolizei macht darauf aufmerksam, daß Rita Georg Anfang Jänner Paris verließ und als ihre Spur in St. Tropes an der französischen Riviera entdeckt wurde, nach Wien fuhr, wo sie sich jetzt aufhält. Magda Kupfer begab sich, als sie von dem Selbstmord Stawiskys erfuhr, nach London, wo sie jetzt als Tänzerin auftritt.

Paris, 21. Feber. (Gauß.) Die Kammer hat die Untersuchungskommissionen eingeleitet. Die erste für die Untersuchung der Stawisky-Affäre bestimmte Kommission wird ihre Arbeiten am Montag oder Dienstag der nächsten Woche beginnen. Die zweite Kommission wurde mit der Untersuchung der Ursachen betraut, welche zu den Ereignissen des 6. Feber und der folgenden Tage geführt haben. Diese Kommission wird wahrscheinlich Ende der nächsten Woche zusammentreten.

Die illegale Arbeit gegen Hitler

Kommunisten vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 21. Feber. Das Reichsgericht verurteilte am Mittwoch nach zweitägiger Verhandlung wegen Vorbereitung zum Hochverrat den früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Arthur Vogt zu drei Jahren Gefängnis und vier weitere ehemalige kommunistische Funktionäre aus Berlin zu Gefängnisstrafen in Höhe von zwei Jahren sechs Monaten bis zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis. Unter Leitung von Vogt, der Organisationsleiter für den Bezirk von Berlin und Brandenburg war, hatten die Angeklagten versucht, den organisatorischen Zusammenhalt der verbotenen KPD, und der illegalen „Roten Hilfe“ aufrechtzuerhalten.

Wie in der Urteilsbegründung betont wurde, bezweckten die Angeklagten in der Zeit der politischen Gärung nach der nationalen Erhebung im Einvernehmen mit dem geprüngelten Zentralkomitee der KPD die kommunistischen Massen zum außerparlamentarischen Kampf zu organisieren.

Die Begründung stimmt heiter, wenn sie nicht von der traurigen Geistesverfassung der deutschen Richter Zeugnis gäbe. Denn andere Mittel als außerparlamentarische bleiben ja den deutschen Arbeitern zur Wahrung ihrer Interessen nicht — ganz abgesehen davon, daß der nur aus Nazis bestehende Reichstag nichts zu sagen hat.

Oesterreich-Debatte im rumänischen Senat

Bukarest, 21. Feber. (L.M.) In der gestrigen Sitzung des Senates stellte der Sozialdemokrat Xumana die Anfrage, ob die Regierung die Situation in Wien kenne, ob sie mit der Kleinen Entente den Ereignissen in Oesterreich ihre Aufmerksamkeit widme, ob es wahr sei, daß ein Nachbarstaat Oesterreich, der die revisionistische Politik verfolgt, Gendarmen und Waffen nach Oesterreich sandte und schließlich, ob die rumänische Regierung es nicht als notwendig ansehe, einen Friedensschritt bei der österreichischen Regierung zu gunsten des demokratischen Regimes zu unternehmen.

Minister Cepedatu antwortete im Namen der Regierung, er habe die Verlesung einer solchen Rundgebung nur aus Achtung vor der Geschäftsordnung erlaubt, und erklärte, daß weder der Inhalt, noch die Form dieser Rundgebung den parlamentarischen Gebräuchen entsprächen. Diese Frage habe für den Senat kein Interesse und die Regierung lehne den Antrag ab, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen.

der Ärztekammer vor, die sich gegen die Vorlage wenden. Doch wurde die Vorlage schließlich unverändert in der vom Subkomitee vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Am Mittwoch wiederholten sich im Gesundheitsauschuss und im sozialpolitischen Ausschuss die Vorstöße von nationaldemokratischer Seite gegen die beabsichtigte Regelung. Im sozialpolitischen Ausschuss verlangte der Vertreter des Gesundheitsministeriums, das sich hier offenbar ganz als Ständevertreter der graduierten Zahnärzte fühlt, neuerliche gewisse Änderungen. Diese Änderungen wurden jedoch abgelehnt und die Vorlage in der Fassung des Initiativantrages genehmigt. Allerdings wurde auch ein Antrag des Agrarier Dr. Suchs angenommen, daß vor der Verhandlung des Antrages im Plenum doch nochmals mit dem Gesundheitsministerium und dem Schulministerium über eine Einigung verhandelt werden.

Gesetzliche Regelung des Luftschutzes?

Im Wehrausschuss kam u. a. auch der Brand in der Munitionsfabrik in Policka zur Sprache. Um — wie es im offiziellen Bericht heißt — „unwahren Berichten über den Brand zu steuern“, machte Minister Bradač darauf aufmerksam, daß die Ursachen des Brandes derzeit noch untersucht werden und daß dem Ausschuss in nächster Zeit darüber berichtet werden wird.

Ueber die Vorbereitungen zu einer gesetzlichen Organisation der Abwehr gegen Gas- und Fliegerangriffe erbatte Ministerialrat Dr. Borel im Wehrausschuss einen ausführlichen Bericht. Minister Bradač erklärte hierzu, daß diese Angelegenheit in der Kompetenz einiger Minister falle. Der Ausschuss möge dieser wichtigen Frage eine eigene Sitzung widmen, in der die Sachreferenten Bericht erstatten würden. An der gesetzlichen Regelung dieser Frage werde fleißig gearbeitet.

Nach reichsdeutschem Muster

Wien, 21. Feber. Der Bundeskommissar für die Stadt Wien, Schmitz, äußerte sich in einem Gespräch, er werde eine Kommission einsetzen, die ihm einen Plan für die Umbenennung der Gebäude, Straßen und Plätze vorzuschlagen habe. Nach der Genehmigung dieses Planes werde sofort mit der Durchführung begonnen werden. Ueberdies beabsichtige er anzuordnen, daß an jedem Wiener Gemeindegemeinschafts- oder Erntedankfest, dessen Durchführung Todesopfer gefordert habe, eine Erinnerungstafel mit den Namen der dort gefallenen „Helden“ der Gekultide angebracht werde.

Suvich bei Gömbös

Budapest, 21. Feber. Der italienische Staatssekretär Suvich, der um 5 Uhr nachmittags im Ministerratspräsidium erschien, hatte mit dem Ministerpräsidenten Gömbös und dem Außenminister Kanya eine Besprechung, die bis 7 Uhr abends andauerte.

Die Deffnung des Totenschachtes

Absperrungen auf Nelson III vorgeföhren

Keine Leichen gefunden

Brüx, 21. Feber. Heber die Arbeiten des geöffneten Nelsonschachtes wird aus Ofel gemeldet:

Die Arbeiten im Nelsonschacht nehmen einen guten Fortgang. Die erste Stür, die gestern nachmittags um 14 Uhr beim Mannschafschacht einführte, gelangte bis zum sogenannten Judengässel — die Verbindungstrecke zwischen Mannschafschacht und Fördererichacht — die mit einem Weiterruch abgeperrt wurde. Von hier aus gelang es wider Erwarten, mit der Fördererichacht bis zu der vier Meter tiefer gelegenen Rohrstrecke vorzudringen. Eine aus 30 freiwilligen gebildete Stür, die mehrmals abgelöst wurde, drang in die sogenannte Rohrstrecke vor und ging die abzusperrende Strecke ab. Die Sicherheitslampen brannten überall mit hellem Licht und die Wetterführung zeigte sich in Ordnung. Vorausschick werden die Wetterarbeiten bald ohne Sauerstoffapparate durchgeführt werden können, selbstverständlich werden aber auch in diesen Fällen mehrere Vergleite mit Sauerstoffapparaten in der Grube anwesend sein. Insgesamt sind sieben Strecken zu sperren, einschließlich des Judengässels, das die Verbindung zum Fördererichacht bildet. Die Absperrung geschieht in geringen Entfernungen auf etwa 100 Meter.

Die Fernunglüften dürften wohl kaum aufgefunden werden.

Von den sieben Strecken waren heute früh bereits sechs provisorisch gegen das Innere der Grube abgeperrt. Im Judengässel und in den Nebenstrecken, in der sich die Pumpenkammer befindet, sind bereits Holzverhölungen gesetzt, die mit Ketten abgedichtet wurden. Im Laufe des heutigen Tages beschäftigt man sich im mittleren Teil der Führung des Mannschafschachtes damit, Spurplatten einzulegen, was sich als dringend notwendig erwies, weil sich während der Nacht beim Aufschieben der Fördererichacht aus dem tiefen Teil des Schachtes, wo die Spurplatten fehlten, wiederholt Stürungen ergaben.

Eine Verzögerung erfuhren die Arbeiten dadurch, daß gestern abends der Ventilator des Weiterruchs IV aussetzte, ein Defekt, dessen Behebung drei Stunden beanspruchte. Die in der Grube eingefahrenen Stüren fuhren sofort aus. In den Wiederinstandsetzungsarbeiten wird wahrscheinlich eine mehrere Tage andauernde Unterbrechung eintreten, da man bestrebt ist, die Führung in Ordnung zu bringen und die zwei Fördererichächte des Schachtes herauszubekommen, die in der Tiefe des Schachtes festgeklammert sind. Man ist auch weiter bestrebt, die Pumpenkammer und deren Maschinen instand zu setzen und Schäden, soweit sie in dem Streckenteile vorhanden sind, auszubessern. Nach diesen wichtigen Instandsetzungen werden erst die weiteren Aufräumungsarbeiten fortgesetzt werden.

Nach den letzten Berichten vom Nelsonschacht werden die Signalvorrichtungen hergestellt. Die Zumpfstrecke, die letzte der abzusperrenden Strecken, hat sich mit Wasser vollständig gefüllt und ist daher durch Wasser gegen schlagende Wetter vollständig abgeperrt. Diese Strecke bleibt bis auf weiteres mit Wasser gefüllt.

Abschnitte der Telephon- und Telegraphenlinien sind zerstört.

Wiener Straßenverkehr lahmgelegt

Wien, 21. Feber. Wien wurde Mittwoch früh von einer großen Schneelaststrophe überfallen. Nach einem starken Sturm begann es in den frühen Morgenstunden zu schneien, so daß in Wäldern ungeheure Schneemassen fielen, die beinahe den ganzen Betrieb der elektrischen Straßenbahnen ins Stocken geraten ließen, ja sogar die Schneepflüge kamen nicht von der Stelle. Die Autos und Autobusse konnten nur mit größter Mühe die verschneiten Straßen durchfahren. Der größte Teil der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten mußte, da die Verkehrsmittel nicht verkehrten, zu Fuß nach der Stadt wandern.

Schneefürme auch in Amerika

New York, 21. Feber. Die plötzliche Wiederverkehr wintertlichen Wetters, die in nordöstlichen Staaten der Union Schneefälle in noch nicht dagewesenem Ausmaße brachte, hat nicht nur den gesamten Verkehr lahmgelegt, sondern auch zahlreiche Verluste an Menschenleben im Gefolge gehabt. So verbrannten in einem Gebäude in Brookville (Pennsylvanien) zehn bettlägerige Kranke, da es der Feuerwehre unmöglich war, bei dem tobenden Schneefurme an das Gebäude heranzukommen. Außerdem werden aus vielen anderen Orten zahlreiche Todesfälle durch Erfrieren gemeldet.

In dem Staate Connecticut und auf Long Island erreichte die Schneedecke eine Höhe von über drei Metern, so daß jeder Kraftwagenverkehr unmöglich wurde. Der Eisenbahnverkehr zwischen den Vororten und New York mußte eingestellt werden.

In New York wurden 25.000 Mann zum Schneeräumen eingesetzt. Man schätzt die Kosten, die dem Staate New York durch den Schneefall entstehen, auf etwa zwei Millionen Dollar. Man rechnet mit einem starken Temperaturrückgang, obwohl die Wetterberichte ursprünglich für Mittwoch wärmeres Wetter vorausgesagt hatten.

Die Falschmünzer in Karpathorufland

Zehnkronenstücke aus Kupferblech

Uhorod, 21. Feber. Die Gendarmerie von Viel hat in die Haft des Bezirksgerichtes in Stralowsky Chlumec in der Ostslowakei ein weiteres Mitglied der Falschmünzerbande eingeliefert, die in Karpathorufland und in der Ostslowakei falsche Zehnkronenstücke verbreitet hat. Die Falschmünzer wurden aus Kupferblech geprägt und galvanoplastisch versilbert. Sie waren erst nach längerem Gebrauch, wenn die Silberschicht schwand, als Falschmünzer zu erkennen. Die Haupttäter waren der 38jährige Schuhmachermeister Ondrej Cervena aus der Bezirksstadt Velle Kapusany und der 23jährige Maschinenmacher Julius Wolcay, gleichfalls aus Velle Kapusany, der die Maschine zur Prägung der Falschmünzer herstellte. Als der erste Verdacht aufkam, waren die beiden die Prägung in einem Raum eines Teil des Materials in den Fluh Laborec. Das gewalzte Blech hatten die beiden auf dem Dach unter einer Schicht von Teerplatte versteckt. Den Kauf der Chemikalien ließ Cervena durch Schulkindern vornehmen. Die Falschmünzer der Zehnkronenstücke hat Cervena bereits eingestanden, doch leugnet er, die falschen Münzen verbreitet zu haben.

Ein hoher französischer Justizbeamter ermordet

Vermutlich Rache an einem strengen Beamten.

Paris, 21. Feber Die rätselhafte Ermordung des Oberates des Appellationsgerichtes in Paris Albert Prince, hat die gesamte Pariser Öffentlichkeit und die Presse in Erregung versetzt. Die gefesselte und verstrümmelte Leiche Princes wurde heute früh unweit Dijon an der Eisenbahnstrecke aufgefunden. Es handelt sich scheinbar um einen Mordanschlag auf Rache. Oberat Prince wurde durch ein Telegramm, dem er Glauben schenkte und auf Grund dessen er eiligst nach Dijon fuhr, in eine Falle gelockt. Er hatte sich eine Rückfahrkarte genommen, die bei der Leiche aufgefunden wurde. Oberat Prince war lange Zeit Direktor der Finanzabteilung beim Pariser Berufungsgericht und als strenger Beamter bei der Untersuchung und Beurteilung betrügerischer Bankiers tätig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hier die Spur zur Aufklärung seines gewaltigen Todes zu finden ist.

Aus Lebensangst

In Ustje bei Prag hat sich eine erschütternde Tragödie abgespielt. Dort entdeckte die Gendarmerie, daß der 26jährige slowakische Arbeiter Heinrich Magoc sein fünf Monate altes Kind mit Waffer der Ehefrau ermordet hat. Die Eheleute legten nach anfänglichem Leugnen zuletzt unter Tränen folgendes Geständnis ab:

Magoc und seine Frau hatten bis zur Geburt des Kindes feste Arbeit in der Landwirtschaft gehabt. Dies wurde jedoch anders, nachdem das kleine Mädchen geboren worden war. Das Kind, sehr kränklich, brauchte viel Pflege und Aufmerksamkeit. Das paßte dem Bauern, bei dem das Ehepaar arbeitete, nicht. Die beiden wurden entlassen. Vergebens suchten sie eine andere Arbeit. Niemand wollte sie, und immer war es das Kind, das den Grund zur Ablehnung bildete. In ihrer Verzweiflung, aus Angst, keine Beschäftigung mehr finden zu können, geschah es schließlich, daß Magoc eines Nachts im Stall sein Kind ermordete. Er ersticht es unter einer Decke. Zuerst glaubte man an einen natürlichen Tod des Säuglings. Später tauchten Gerüchte auf, die die Gendarmerie zur Ausgrabung der Leiche veranlaßten.

Magoc und seine Frau werden von all ihren früheren Arbeitgebern als fleißige und ordentliche Menschen geschildert.

Für wen haben die Kapitalisten Geld übrig?

In der letzten Sonntagsnummer des „Neuen Wiener Journals“, dem bekannt niederträchtigen Geblätt der Heimwehrplutokratie, lesen wir einen Spendenaufruf für die Hinterbliebenen des Wiener Aufstandes, natürlich nicht für die Witwen und Waisen der um Recht und Freiheit gefallenen Kämpfer, sondern für die Hinterbliebenen der Gefallenen der staatlischen Exekutive. Es ist bezeichnend, daß sich der Staatskanzler sofort mit einem Ausruf an die Öffentlichkeit wandte, daß für die Verwundeten und für die Hinterbliebenen der Gefallenen Soldaten und Gendarmen gespendet werden möge. Er wendete sich an jene Kreise, in deren Interesse er die Arbeiterchaft niedergeschlagen hat. Die Regierung kann und will nach diesem Ausruf also nicht einmal allein die Sorge für die in ihrem blutigen Dienste Verwundeten und Gefallenen übernehmen. Und die Herren, in deren Dienste der blutige Bernegrosch Dollfuß die Arbeiter niedergeschlagen hat, hören die Volkshaft und greifen tief in ihren Säckel, der sonst verschlossen ist. Als einer der ersten Kapitalisten zeichnet die Firma Julius Meini & Co. 5000 Schilling, der Herr Generalkonsul Julius Meini 3000 Schilling, der Herr Verwaltungsrat Julius Meini jun. 2000 Schilling und der Herr Kommerzialrat Rudolf Kraus, Vizepräsident der Julius Meini & Co. 5000 Schilling. Das sind insgesamt 15.000 Schilling, gleich 85.000 Kr. Soviel war den Herren um die Firma Julius Meini die Niederwerfung des Aufstandes unserer österreichischen Brüder und Schwestern wert. Die Firma Julius Meini ist keine österreichische Angelegenheit für sich. In allen größeren Städten der Tschechoslowakischen Republik finden wir ebenfalls die Filialen der Julius Meini & Co. Wir wissen schon, daß die Firma in Oesterreich und die in der Tschechoslowakei zwei rechtlich von einander unabhängige Unternehmungen sind, maßgebend für uns ist jedoch, wer aus allen Unternehmungen des Meini-Konzerns auf Kosten der Verbraucher die Gewinne zieht. Und das ist hier wie dort die Familie Meini, d. h. sich dem blutigen Dollfußregime gegenüber so verständnisvoll gezeigt hat. Jedes bei der Firma Meini gekaufte Axtelkilogramm Kaffee, die kleinste Tafel Schokolade, das bescheidenste Päckchen Tee usw. bringt der Firma Meini Profit. Wie sie ihn verwendet und für wen sie eine offene Hand hat, davon legt die Notiz im „Neuen Wiener Journal“ Zeugnis ab. Darf es noch eine Familie, in der eine aufrechte proletarische Gejun-

nung herrscht geben, die aus den Tatsachen keine Folgerungen ableitet? Die Arbeiterchaft hat sich eigene, leistungsfähige Wirtschaftsorganisationen geschaffen, die, auf dem Grundsat der Selbsthilfe und des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder beruhend, immer und zu jeder Zeit für die Interessen der proletarischen Verbraucher eintreten, das sind unsere Konsumgenossenschaften. Sozialisten sollen solidarisch sein. Hier ist Gelegenheit, Solidarität praktisch zu üben! Hier ist ein Gegner zu treffen! Treffst ihn!

Gangstermethoden . . . Am Sonnabend früh erhielt die Frau des Fabrikanten Otto Stein aus Semelch bei Prag einen Brief, in dem sie aufgefordert wurde, bis Dienstag um 4 Uhr nachmittags 15.000 Kr. in einem Brief an eine genau bezeichnete Stelle zu hinterlegen. Die Handschrift betriet, daß der Verfasser des Briefes ein Mann war. Weiter hieß es, in dem Schreiben, falls das Geld nicht hinterlegt werden würde, so sehe sich der Schreiber veranlaßt, das Kind der Frau Stein zu ermorden. Die abgesehrittene Hand sollte ihr dann als Beweis der vollbrachten Tat überfandt werden. Frau Stein gab den Brief sofort der Polizei, die ihr riet, ein leeres Kuvert zur schließlichen Zeit an die bezeichnete Stelle zu legen. Polizeibeamte beobachteten dann aus einem Versteck, wie eine Frau erschien und den Brief fortnahm. Sie wurde sofort verhaftet; man ermittelte in ihr die Frau des Arbeiters Josef Stein. Später nahmen Beamte auch den Mann in Haft. Beide werden sich wegen des Erpressungsversuches vor Gericht zu verantworten haben.

Zwei Kinder ertrunken. Am Dienstag nachmittags spielten die beiden, acht und vier Jahre alten Kinder des Arbeiters Weda auf dem Zirkover Teich. Plötzlich brachen sie auf der dünnen Eisdede ein. Die Kinder schrien um Hilfe, es eilten auch sofort Leute herbei, die Rettungsversuche unternahmen. Sie kamen jedoch zu spät. Die Kinder konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Im Schlaf erdrückt. Als der Arbeiter Jan Neuschl aus Kunstschob bei Prag gestern abends mit seiner Frau von einem Besuch nachhause kam, fand das Ehepaar es in dem ungeheizten Zimmer so kalt, daß sie beschlossen, sich zu ihren beiden Kindern ins Bett zu legen, um schneller warm zu werden. Der dreijährige Junge Jan und die zweijährige Margit schliefen schon. In der Nacht sagte die Kleine Margit, daß sie einmal aufstehen müsse. Der Vater machte Licht; dabei mußte er zu seinem Entsetzen feststellen, daß sein kleiner Sohn bewußtlos im Bett lag. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Der herbeigerufene Arzt stellte Tod durch Erstickten fest. Das Kind war von der Schwester im Schlaf erdrückt worden. Gegen die Eltern hat man Strafanzeige erstattet.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Donnerstag:
 Prag (Rödl): 6.15 Uhr: Konzert. Vorkonzert. 10.05 Uhr: Deutsche Nachrichten. 10.10 Uhr: Schallplatten. 11.05 Uhr: Konzert des Sinfonieorchesters der arbeitlosen Musiker. 12.10 Uhr: Operettenouvertüren auf Schallplatten. 13.35 Uhr: Arbeitsmarkt. 13.45 Uhr: Musik. 14.00 Uhr: Deutsche Börse. 15.00 Uhr: Deutsche Sendung. 19.00 Uhr: Deutsche Presse. 19.30 Uhr: Musik. 20.00 Uhr: Konzert. 21.00 Uhr: Orchesterkonzert. 22.15 Uhr: Bolzer auf Schallplatten. (Straßburg): 14.30 Uhr: Englische Lieder (Schallplatten). 15.00 Uhr: Tanzmusik. 15.10 Uhr: Deutsche Sendung. 15.30 Uhr: Unterhaltungsmusik (Schallplatten). 19.05 Uhr: Sinfonieorchester. 19.30 Uhr: Arbeitersendung: Miska: Soziale Erscheinungen im Sport. Brunn: 12.35 Uhr: Orchesterkonzert. 14.05 Uhr: Arbeitsmarkt (deutsch). 17.15 Uhr: Wanderer mit der Jugend. 17.25 Uhr: Musikvorträge. 18.00 Uhr: Aktualitäten der Woche. 18.25 Uhr: Deutsche Sendung. 19.00 Uhr: Deutsche Presse. 19.20 Uhr: Konzert. Währisch-Strau: 10.15 Uhr: Konzert der Kapelle der Staatspolizei. 18.30 Uhr: Deutsche Sendung. 19.00 Uhr: Deutsche Presse. 20.35 Uhr: Julius Slav. Poetie. Preßburg: 13.45 Uhr: Deutsche Presse. 16.00 Uhr: Orchesterkonzert. Katschan: 12.30 Uhr: Orchesterkonzert. 16.30 Uhr: Klavierkonzert. 17.00 Uhr: Orchesterkonzert. 18.00 Uhr: Das Recht des Alltags. Dr. Ruzjak: Mietvertrag und Kündigungsfreiheit. 18.20 Uhr: Schallplatten.

Freitag:
 Prag (Rödl): 6.15 Uhr: Konzert, Gymnastik. 10.05 Deutsche Nachrichten. 10.10 Musikvorträge. 11.05 Schallplatten. 12.10 Musik. 13.45 Tonfilmschlager (Schallplatten). 14.00 Deutsche Börse. 16.00 Konzert. 17.05 Konzert des Kammermusikensembles der Prager Sinfonie. 18.15 Arbeitersendung. 18.25 Deutsche Sendung. 18.50 Deutsche Arbeitersendung. Minelle zehn Minuten (Dr. E. Franzel). 19.00 Deutsche Presse. 19.05 Chorszene a. d. Oper „Die Meisterlinder“. 20.00 Ueberrtragung aus Jugoslawien. Konzert. 21.00 Konzert der Belgader Station. (Straßburg): 14.30 Gesangsbeiträge. 14.35 Einige Winterbilder aus dem Riesengebirge. 14.45 Klavierkonzert. 15.10 Deutsche Sendung. Stunde für die Frau. 15.45 Deutsche Presse. 19.05 Sinfonieorchester. — Brunn: 16.00 Orchesterkonzert. 18.05 Aktualitäten der Woche. 18.15 Arbeitersendung. 18.25 Deutsche Sendung. 19.00 Deutsche Presse. — Währisch-Strau: 12.35 Orchesterkonzert. 18.05 Winterleben der Jagdtiere. — Preßburg: 18.15 Konzert. 19.00 Deutsche Presse. — Katschan: 12.30 Orchesterkonzert. 16.30 Schallplatten. 17.00 Orchesterkonzert. 18.20 Historie der Stadt Preßchau vom Ende des 15. Jahrhunderts. 19.20 Schallplatten.

M. Internationales Sozialistisches Jugendtreffen in Lüttich

Nach dem Beschluß des Exekutivkomitees der Sozialistischen Jugend-Internationale wird das 111. Internationale Sozialistische Jugendtreffen in der Zeit vom 3. bis 5. August 1934 in Lüttich stattfinden.

Das vorläufige Programm des Jugendtreffens sieht folgende Veranstaltungen vor:

S a m s t a g, den 4. August, vormittag und nachmittag: Besichtigung der Stadt. Abends: Abendfeier im Palais Provincial. Internationales Meeting. Redefuge an den Ufern der Maas.

S o n n t a g, den 5. August, vormittags: Veranstaltungen und Empfänge. Nachmittags: Große Demonstration. Internationale Massenfundgebung.

M o n t a g, den 6. August: Wanderung. Das Büro der Sozialistischen Jugend-Internationale wird in den nächsten Tagen das Programm endgültig festlegen und alle organisatorischen Einzelheiten der Tagung regeln.

Ein „Palast der Sowjets“

Moskau errichtet das größte und höchste Gebäude der Welt.

Moskau, 21. Febr. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, ist nunmehr der Bau eines riesigen „Palastes der Sowjets“ endgültig beschlossen worden.

Gefährdet?

Vat. 21. Febr. (Sofiani) Da man in den letzten Tagen längs der Küste der Provinz Apulien mehrere zertrümmerte Rettungsboote und zwei Rettungsarkiten mit der Aufschrift „Catalogne“ gefunden hat, befürchtet man, daß während des heftigen Sturmes vor wenigen Tagen der schwedische Dampfer „Catalogne“ gescheitert ist.

Arbeitslosen-Marsch nach London

London, 21. Febr. Tausende Arbeitsloser aus verschiedenen Teilen Großbritanniens planen einen Marsch nach London, wo sie Ende dieser Woche große Protestversammlungen veranstalten wollen.

Wieder Aufruhr in Havanna

Havanna, 21. Febr. (Neuter.) In Havanna ist ein neuer Aufruhr ausgebrochen und hat sich rasch verbreitet. Ein Teil der Armee ist in den Aufruhr verwickelt.

Für 100.000 Kč Perfer Teppiche beschlagnahmt.

Eine Prager Firma sandte zwei Vertreter mit Perfer Teppichen nach Kaschau. Einer der Agenten war ein Reichsdeutscher.

Kindesmörderin. Die Gendarmerie in S a i s s i e M o u b o u h verhaftete die Hauslerin J a t r a p o v a aus Lačub, da festgestellt wurde, daß sie ihr neugeborenes Kind getötet hat.

merie fand den Körper des Kindes unter dem Stall vergraben. Durch die Obduktion wurde festgestellt, daß es sich um den Körper eines gesunden Kindes handelte.

Der Postort. Die Tätigkeit des holländischen Postortkomitees gegen Deutschland, das 300 Unter-Komitees hat, nimmt einen immer größeren Umfang an.

Die Volksgemeinschaft. Die braune Volksgemeinschaft ist zur Tatsache geworden. Die reichsdeutschen Blätter teilen ehrfürchtlich mit:

„Im Gau Supertal haben sich am letzten Eintopfsonntag Unternehmer und Arbeitnehmer zum gemeinsamen Eintopfgericht an einem Tisch versammelt!“

Donnerwetter! Wenn das kein profibischer Sozialismus ist! Wie den Herren Generaldirektoren das volksgemeinschaftliche Menu bekommen ist?

Tod im Meeresturm. Aus Danzig wird berichtet: An der Küste von Vela zwischen Heisterholt und Kupfersfeld, etwa 2,5 Seemeilen vom Lande entfernt, wurde das Braak des norwegischen Dampfers „Hardy“ aufgefunden.

Die kommende deutsche Revolution. Kluge Bemerkungen über die österreichischen Ereignisse macht Abgeordneter Bojia Beneš im Legionärorgan „Rárodní Osvoženi“.

„Nur der, der weder rückwärts, noch vorwärts um sich sieht, kann glauben, daß die deutsche Staats- und nationale Krise ohne Teilnahme des deutschen Proletariats gelöst werden wird.“

Satirisches Abkommen. Dittler versammelte eines Tages seine Getreuen um sich.

„Ich habe Euch zu mir gerufen, um ein feierliches Abkommen zu treffen. Wir, die wir die Herren Reichsdeutschen sind, müssen trachten, aus dem kleinen, zentralen Kreis, den wir bilden, die Heuchelei und die Unaufrichtigkeit zu bannen!“

Die Brüder. Man erzählt sich in Berlin, daß der englische Botschafter bei Goering Schritte unternommen habe zur Freilassung gewisser reiflich hervorragender Männer.

Darauf der Botschafter: „Mein König würde sie Ihnen nicht herbeibringen, wenn Sie sie als Ihre Brüder zurückfordern.“

„Kavalier“ geizig, indem er ihr 30 Kč mündlich gab.

Wien

Die Erde, die rote Erde von Wien hat das Blut ihrer Söhne getrunken. Die Fahnen, die roten Fahnen von Wien sind brennend zu Boden gesunken.

Manonen gegen die neue Zeit und gegen den Geist — Gendarmen, Maschinen gegen die Menschlichkeit, den Brand in die Häuser der Armen!

Das Standgericht gegen den standhaften Mut und gegen die Wahrheit — Lügen! Die alte Welt leckt nach jungem Blut.

Das leuchtende Banner ist aus der Hand unter sterbenden Brüdern gesunken. Wir nehmen es auf, wir tragen das Band der Freiheit, für das sie getritten.

Sie seht im Kampf ihren Leib auf's Spiel, ihre Seele ringt ewig weiter, wo einer von ihnen zu Boden fiel, wächst der kommenden Welt ein Streiter.

Uns bindet der Eid, den die Männer von Wien im Todeskampf gläubig geschworen: Wir geben die rote Erde von Wien, die heilige, niemals verloren!

Uns bindet der Eid, den die Männer von Wien im Todeskampf gläubig geschworen: Wir geben die rote Erde von Wien, die heilige, niemals verloren!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Öffentliche Erörterung der amerikanischen Wirtschaftspolitik.

London, 21. Febr. (Neuter.) Die Neuter aus Washington meldet, hat sich die amerikanische Regierung veranlaßt gesehen, die vom Präsidenten Roosevelt eingeleitete Wirtschaftspolitik des NRA, öffentlich zur Erörterung zu stellen.

Der Grund, warum ich Ihnen gegenüber vorläufig annehmen mein Herz ausschützte, ist lediglich der, weil ich befürchte, infolge meiner unbeholfenen Kundendruckweise vielleicht lächerlich und wegen meiner Unkenntnis in der Politik vielleicht ebenfalls lächerlich zu wirken.

Mit dem Hammer gegen die Frau des Liebhabers

Der Rusler Mordanschlag vor den Geschworenen. — Enthüllungen im Gerichtssaal. — Der eigene Gatte der Anstifter der Tat?

Prag, 21. Febr. Vor dem Schwurgericht wurde heute unter Vorsitz des OBR. Draba ein Fall verhandelt, der Interesse in Prag großes Aufsehen erregt hatte.

auf die belastenden Aussagen Karl Prokšepel, des Gatten der Ueberfallenen hin, der seine langjährige Geliebte, die 23jährige Privatbeamtin Rosa Bůžel, der Tat verhaftigte.

Die Verhaftung erfolgte in Pilsen, wohin die Bůžel nach der Tat geflüchtet war und wo sie sich bei ihrer Schwieger einquartiert hatte. Sie legte ein spontanes Geständnis ab, gab zu, daß sie sich der Frau ihres Liebhabers habe entledigen wollen und erklärte auch, gewußt zu haben, daß Prokšepel verheiratet sei.

Allein der Prozeß, dem ein so einfacher Sachverhalt zugrunde zu liegen schien, nahm eine unerwartete Wendung. Die Angeklagte, eine nicht eben auffallende, fast kindlich anmutende Erscheinung, schilderte zunächst die Vorgeschichte. Der Kadriermeister hatte fünf Jahre mit ihr verkehrt, ihr eine „Wohnung“ gehalten (nämlich ein Kellerzimmer in der Legereova) und sich, als sie ihren Posten verlor, als

Die Empörung gegen das „Prager Tagblatt“

Von den weiter bei uns einlaufenden Briefen, in denen sich Empörung gegen das „Prager Tagblatt“ Luft machen, veröffentlicht wir heute den folgenden:

Prag, den 18. Febr. 1934. An die Redaktion des „Sozialdemokrat“ Prag XII, Podvaha 62.

Als langjähriger Leser Ihrer Zeitung empfinde ich das Bedürfnis, Ihnen für Ihre Artikel „Die Führer“ aus ganzem Herzen zu danken. Ich gebore und gebore überhaupt gar keiner politischen Partei an, habe mich auch bis jetzt an keiner beteiligt.

Der Grund, warum ich Ihnen gegenüber vorläufig annehmen mein Herz ausschützte, ist lediglich der, weil ich befürchte, infolge meiner unbeholfenen Kundendruckweise vielleicht lächerlich und wegen meiner Unkenntnis in der Politik vielleicht ebenfalls lächerlich zu wirken.

Wahrhaft sensationell aber wirkte unter der Zuhörerzahl, die den Saal vollkommen füllte und meist aus Nachbarn und Bekannten der Prokšepel's zu bestehen schien, die weitere Aussage der Angeklagten, die

Ein gutes Werk

Ist der Kauf von Losen der Arbeiterfürsorge!

Preis Kč 3.—

Mit dem Hammer gegen die Frau des Liebhabers

Der Rusler Mordanschlag vor den Geschworenen. — Enthüllungen im Gerichtssaal. — Der eigene Gatte der Anstifter der Tat?

(Der Vorstehende deutet an, er könne darin kein besonderes Novitätenstück sehen.) Dann aber brachte die Bůžel eine ganz neue Aussage, die im Widerspruch zu ihren früheren stand.

Den Hammer, mit dem sie die Tat vollführte, hat er ihr vor etwa zwei Jahren anlässlich einer häuslichen Reparatur mitgebracht. In letzter Zeit habe er häufig von einem gemeinsamen Leben gesprochen und seine Frau als Hindernis ihrer Liebe hingestellt.

unter völliger Widerrufung ihrer früheren Aussagen Karl Prokšepel bezeugte, daß dieser selbst sie zu dem mörderischen Anschlag auf seine Frau angezettelt habe.

Die Geschworenen bejahten die Frage auf nicht vollendeten Mord und der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu vier Jahren schweren und verschärften Kerker.

PRAGER ZEITUNG

Erstaunliches vom Prager Deutschen Theater

Ein paar Glossen zu seiner Zeitgeschichte

I.
„Brudners Massen“ werden erstaunlicherweise — hört man — vorbereitet und erwarteterweise „auf einen späteren Termin verschoben“.

„Es haben sich politische Widerstände innerhalb der Schauspielerschaft gezeigt. Ströblin, Kresl und Janitsch haben sich geweigert, in einem Stück zu spielen, das den neudeutschen Klassenkampf bekämpft, um keine Schwierigkeiten bei eventuellen Engagementsmöglichkeiten an auswärtigen Bühnen zu haben.“

„Brudners Massen“ hat dem Direktor des Prager Neuen Deutschen Theaters ernstlich unangenehm. Es ist darin auch bedauerlich oft von einer „natiirlichen Grobmanns“ die Rede, was natürlich für den Betroffenen immer peinlich sein muß. Deshalb hat es „Dr. Eger“ allen drei Schauspielern freigestellt, die Rollen nicht zu übernehmen.

Natürlich ist eine edle menschliche Eigenschaft. Jedoch nur exceptional anzuwenden. Auf keinen Fall aber in der folgenden Situation:
Die Direktion legt — nehmen wir an — den „Schlageter“ an. Ein Schauspieler (höchstens einer!) weigert sich, die Rolle zu übernehmen. Die Direktion bestet auf Kontraktverpflichtung. Der Schauspieler bleibt fest. Die Direktion entläßt den Schauspieler freilich.

So ungefähr würde sich das etwa beim „Schlageter“ abspielen. Und das ist auch ganz verständlich. Denn der Lumme Inhalt der „Massen“ wirkt ebenso aufstößend wie der diskriminatorische des „Schlageter“!

II.
„Frage: Halten Sie es für richtig, daß ein Liebling der Prager, Jaro Trohaska, in Vertretung der österreichischen Nationalsozialisten reisen?“
Dr. Eger: Bei Ihrer Frage überlegen Sie, daß Trohaska Mitglied der Berliner Staatsoper ist, also wahrscheinlich Rücksicht auf die Dispositionen seiner vorgesetzten Behörde zu nehmen hat.“

Sprechen wir lieber nicht von der Charakterbeurteilung eines Sängers, der bei den Todfeinden eines Großteils seiner hiesigen jüdischen Verehrer „wohlwärtigkeitslos“ ist. Sprechen wir nur von der symptomatischen Antwort des Theaterdirektors Dr. Eger. Herr Dr. Eger ist, wie wir unter I gesehen haben, ein Direktor, dem Schauspieler die Gefolgschaft verweigern und ihre Forderungen durchsetzen können. Er weist daher lieber nicht auf den „Zwang“ vorgesetzter Behörden hin.

Weiterhin möchten wir ihm aber raten, bei Gelegenheit eine Gegenprobe aufs Exempel zu machen: Wie wäre es, wenn einmal die „vorgesezte Behörde“ Dr. Eger ihre „Dispositionen“ dahingehend treffen wollte, die hiesigen Schauspieler zugunsten der Emigranten einzusetzen zu wollen? Ob diese dann auch alle so bereitwillig „Rücksicht“ nehmen würden wie Herr Trohaska in Berlin? — — — Doch besteht gottlob eine solche Gefahr von dieser Seite her nicht!

III.
„Goch und Meller sollen entschlossen sein, — an einer reichsdeutschen Bühne ein Engagement zu suchen.“
„Krenner verhandelt seit Oktober mit einer reichsdeutschen Bühne, ohne daß es bisher zu einem Abschluß gekommen wäre.“
„Auch Erik Frech soll sich mit Veränderungswünschen tragen.“

Warum diese Massensucht?? Halten diese Künstler vielleicht das Prager Theater für niveaulos? Das wäre ein Grund! Werden sie hier unzureichend beschäftigt? Das wäre ein Grund! Schreibt sie die Schnulze zum Dalenkreuz nordwärts? Das wäre ein Grund!

„Sie (Goch und Meller) haben erklärt, auf die ihnen vorgeschlagenen Kürzungen nicht einzugehen zu können.“

Das ist der Grund!!
Nun, diese so überaus „materialistische“ Anschauung wird den Herrschaften im Land des „Gemeinwohl geht vor Eignung“, der „Kraft durch Freude“, der „Eintopfnage“ wohl sehr bald ausgetrieben werden! Man lasse sie ruhig an die ersehnten braunen Wirkungs- und Gastspielplätze ziehen! Die Ernüchterung wird sich bald genug einstellen und die Schnulze nach den herrlichen Fleischböden Prags.

Herr Dr. Eger aber führt trotz alledem Verhandlungen“ und hofft, daß „es doch noch gelingen wird, eine Einigung zu erzielen“.

Innerhalb des **Volksbildungs** Kurzes über kulturelle Fragen spricht heute Donnerstag, um halb acht Uhr abends im Parteihaus (Prag II., Nárödni št. 4, 2. Stof.)

Genosse Dr. Walter Lustig über **Unsere Stellung zum Film**

Diese Vortrag- und Diskussionsabende sind auch Nichtmitgliedern zugänglich. Regiebeitrag für den Einzelabend 3 Kč.

Das Deutschland keineswegs antisemitisch ist, hat ja Hitler immer wieder behauptet, ohne daß es sich gebührend herumsprechen konnte. Wer nun die Bestätigung dafür haben will, der wende sich getrost an Frau Josefa Pauly-Pollak; die Sängerin ist sicher jederzeit gerne bereit, von ihrer guten Aufnahme in Berlin im allgemeinen, von ihren Erfolgen vor Hitler und Goering als Elektra im besonderen zu berichten.

Und es ist nur Gutes, nur Gutes!!!
Und dies Verbild macht Schule!
Bringt es doch in diesen Tagen wieder eine jüdische Künstlerin Frau Irene Eisinger, fer-

ten, unter einer gleichgeschalteten Direktion im Kreise gleichgeschalteter Kollegen vor einem gleichgeschalteten Publikum zu spielen, und damit den Leuten im „Völkischen Beobachter“ nur neues Material über (wie sie sich ausdrücken werden) „übliche Dummheit, Profitgier und Würdelosigkeit“ in die Hände zu spielen.

V.
Zum Schluß noch einen Vorschlag, die neuen Verhandlungen betreffend:
Für jeden reichsdeutschen und österreichischen Künstler, der nun dem Ruf seines nordischen Herzens folgend ins Naziland übersteuert, hole sich die Direktion bisher in der Heimat wenig beschäftigte tschechoslowakische Künstler, im übrigen aber auch gute emigrierte Schauspieler.

Es gibt deren viele, also wieviel?
Sie sehen, falls es der Direktion nicht bekannt sein sollte, in Prag, in Paris, in Deutschland und auch in Ihrer Heimat, Herr Dr. Eger, in der Schweiz!

Frei Walter Riefen.

Knaben herab und verlehrt ihn schwer im Genid. Der Junge wurde in die tschechische Kinderklinik gebracht, in der er vorläufig zur Behandlung bleibt.

Nächtliches Intermezzo. In der gestrigen Nacht versuchte ein junger Mann, als er in ungeheurerem Zustand durch die Bojtsch-Gasse ging, einem jungen Mädchen auf sehr handgreifliche Weise seine Sympathie zu bekunden. Das Mädchen schrie um Hilfe, doch der Ungeheime ließ sich nicht zurückweisen. Auch als ein Wachmann erschien, der ihn dorthin anführte, zeigte der Mann ein derart sonderbares Benehmen, daß der Beamte stäubig wurde und ihn mit zur Wache nahm. Hier stellte man fest, daß der feurige Liebhaber — taubstumme war und daher die entristeten Worte der Schönen gar nicht vernommen hatte, ebensowenig wie die Zurückweisungen des Beamten. Die Ermittlungen ergaben, daß der Taubstumme Josef Langr heißt und 22 Jahre alt ist.

Schnee und Brot
Ein wohlgenährt aussehender Herr im Pelzmantel saß in der Elektrischen hinter seiner „Národní Politika“ zu seinem ähnlich aussehenden Nachbar: „Na also — da haben wir ja den Schnee! Jetzt gibt's Arbeit für jeden, der arbeiten will. Wenn mich jetzt noch einmal so ein Kerl auf der Straße anknorrt — sofort laß' ich ihn abführen!“

Der Rentnerfreund hat insofern recht, als tatsächlich über Nacht gewaltige Schneemengen gefallen sind. Die einen werden sich auf den Skisunntag in den Bergen freuen, die andern im Hinblick auf den zu erwartenden berückichtigten Prager Panisch sowie ihre durchlöchernten Sohlen einen stillen Seufzer tun. Wie aber steht es um die, welchen der Schnee eine kleine Verdienstmöglichkeit bietet, die seit Wochen sehnsüchtig nach ihm ausgedauert haben? Ist nun wirklich „Arbeit für alle, die arbeiten wollen“?

Rein, edles Bürgerherz im Stadtpelz, so erfreulich einfach ist die Sache leider nicht. Wenn trotz dem ausgiebigem Schneefall noch genug Verdienenswerte übrig bleiben, die an die Menschlichkeit der Mitbürger appellieren müssen, so ist noch lange nicht gesagt, daß jeder von diesen ein arbeitsgieriger Tagelöhner ist. Wer sich davon überzeugen will, der braucht nur früh morgens einen der städtischen Arbeitshöfe zu besuchen und die Massen zu mustern, die da um zwei, drei Tage Arbeit betteln. In einer Stunde, wo Sie, Herr Bürger im Stadtpelz, noch im tiefsten Schlummer liegen, warten dort schon Rentner, die teils eine höllische Schneenacht ohne Dach überm Kopf verbracht haben, teils oft stundenweit von der äußersten Peripherie heringekommen sind, um ihr Glück zu versuchen.

Und viele von diesen müssen unvertäglich leere Dinge wieder abgeben. Die Großstadt ist auf die Attacken des Winters gerüstet. Sie verfügt über Schneepflüge undkehrmaschinen und bedarf bei weitem nicht der menschlichen Arbeitskraft in solchem Maße, wie sie angeboten wird. Sie hat weiters eine Arbeitskolonne und nur soweit alle diese Vorkehrungen nicht ausreichen, finden Arbeitswillige Beschäftigung und Brot. Und diese Glücklichen sind nur ein Bruchteil derer, die in schwerer Arbeit zwei- oder dreimal ihre 20 Kč täglich verdienen möchten.

Im allergrausamsten aber spielt das Schicksal andern mit, die durch glücklichen Zufall doch unter die Rotarbeiter eingereiht wurden, um nach kurzer Arbeitszeit die Schneeschaukel aus der Hand legen zu müssen. Es gibt solche, deren entkräfteter Körper dieser Anstrengung nicht mehr gewachsen ist, die beim besten Willen die so heiß begehrte Arbeit nicht leisten können und denen der erhoffte Verdienst in Nichts zerfällt. Es ist ja keine leichte Arbeit. Ein leerer Magen, erstarrte Hände, die keine Handschuhe schützen, halberfrorene Füße, die in zeretzten Schuhen im eisfalten Schnee stehen — das, Herr Bürger, sind Dinge, die auch einen festen Arbeitswillen zu überwinden vermögen.

Einmal an der Front hat ich alle Soldaten, die drei Hingoschlachten hinter sich hatten, weinen wie die Kinder. Das war, als nach mehrtägigem Trommelfeuer die letzten Konterven ausgegeben wurden und die Halbberuhungerten in den Büchser — Sack fanden, mit dem sie ein schuftiger Lieferantepatriot gefüllt hatte. Und ebenso sah ich

Frauenkundgebung in Prag

Im großen Saal des Lidovi dům fand am Dienstag unter dem Vorsitz der Genossin Polaková eine große Kundgebung der Funktionärinnen der tschechischen sozialdemokratischen Partei statt, die sich mit den österreichischen Ereignissen befaßte. Die tausend Frauen, die den Riefensaal füllten, waren nicht nur Zuhörinnen, sondern sie erließen nochmals das furchtbare Geschrei mit, das die beiden Referentinnen, die Genossin Jurnečková und Genossin Širpál in seiner ganzen Größe und seiner ganzen Entschlossenheit darstellten. Die Kundgebung brachte tiefste Abscheu vor den Mörder und Helfern der österreichischen Arbeiterbewegung, und vor ihren Verwunderern in den Reihen des Bürgertums auch unseres Landes zum Ausdruck. Ebenso vor ihren Helfershelfern der faschistischen und derjenigen Presse, die sich noch demokratisch zu nennen wagt, und doch nicht davor zurückschreckt, das unerhörte Heldentum der österreichischen Arbeiterbewegung zu beschuldigen. Die Versammlung gelobte, der österreichischen Arbeiterbewegung die Treue zu halten. Der Dank für das Opfer, das sie der Sache des Sozialismus gebracht hat, ist nicht nur umzumünzen in eine Aktion der Hilfe für die Witwen und Waisen der Opfer, sondern auch in den nie erlahmenden, des Sieges gewissen Kampfes für den Sozialismus.

Für jeden toten Arbeiter von Wien, so schloß Genossin Širpál ihre Rede, 1000 neue Kämpfer, für jede tote Arbeiterin 1000 neue Kämpferinnen, für jedes tote Kind unserer Truppen und unsere Rache gegenüber der ganzen internationalen Reaktion!

Immer wieder San Nicolo. Der Prorektor der deutschen Universität, der in Abwesenheit des Rektors dessen Geschäfte treibt, setzt seine „Politik“ der Schikanierung der sozialistischen Studenten fort, die ihm einen Auf, Gastvorlesungen in Deutschland zu halten, eintrug. Wieder einmal hat diese Kapazität des akademischen Faschismus den sozialistischen Studenten ein harmloses Plakat, das zu einer Aussprache lädt, inszeniert. — Wir raten den sozialistischen Studenten, ihre Plakate künftig nicht mehr dem Rektor zur Zensur vorzulegen. Einer parteiisch eingestellten Behörde gegenüber kann niemand loyal sein. Angesichts der ständig zunehmenden faschistischen Provokationen der akademischen Epigen wird unsere schon so oft erhobene Forderung, die solange zu wiederholen, bis ihr endlich nachgekommen wurde, wir nicht müde werden, immer dringlicher: wir verlangen die radikale Säuberung der Hochschulen von allen faschistischen und undemokratischen Elementen!

Der „Ruhb Vekernik“, das kommunistische Organ Prags, veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 20. Feber an leitender Stelle dreifach einen Bericht über die von unseren Genossen in Prag abgehaltene Versammlung, in der Genosse Dr. Strauß über die Lehren der österreichischen Ereignisse referierte. Die Teilnehmer der Versammlung wissen, mit welchem Ernst der Referent den heldenmütigen Widerstand der Wiener Arbeiter dargestellt hat und daß er bemüht war — soweit das vorläufig möglich ist — die Ursachen der Geschehnisse zu ergründen. Der Bericht des genannten kommunistischen Blattes ist nun auf derartigen Lügen aufgebaut, und von einem solchen Unernst, die Dinge wirklich zu erkennen, wie sie sind, getragen, es ist so verzerrt wiedergegeben, was Genosse Dr. Strauß gesprochen hat und was auch die Debattegenossen vorgebracht haben, daß es keinen Sinn hat, gegen das kommunistische Blatt zu polemisieren. Es ist eine Schande für die Kommunisten, die ihnen nicht vergessen werden wird, wie sie die Wiener Geschehnisse ausschalten und die Reihen des Proletariats noch mehr vergiften und zerfetzen.

Erfähriger Schüler schwer verunglückt. Um 12 Uhr am gestrigen Vormittag ging der elfjährige Schüler Benzel Hosialek aus Kotel 16 durch die Pilsener Straße in Rade. Als er an dem Haus Nr. 121 vorüberkam, fiel von dort aus dem dritten Stof eine Glasscheibe — Größe 16x20 Zentimeter auf den

Mitteilungen aus dem Publikum.

Spielewarenindustrie beteiligt sich stark an der Prager Frühjahrsmesse. In den sich zum kommenden Prager Frühjahrsmesse in besonders starkem Umfang meldenden Branchen reißt sich auch die Spielewarenindustrie, welche ein ansehnliches Angebot stellen wird. Die Gruppe der Spielewaren konnte nämlich der letzten Herbstmesse sehr gute Inlands- und Exportgeschäfte abschließen. 2270

einen älteren Mann bitterlich weinen, weinen wie ein Kind, als ihn seine Entkräftung zwang, die Schaukel wegzulegen, die ihn und seiner Familie hätte 20 Kč erarbeiten sollen.

Dies alles, Herr Bürger, führen Sie sich zu Gemüte, falls Sie ein so überflüssiges Ding besitzen, wenn Sie wieder einmal in Ihrem Leibklatz die Schmutznotiz mit dem schmalzigen Titel lesen: „Brot ist vom Himmel gefallen.“

Kunst und Wissen

Tschechische Uraufführung des „Kreidekreuz“. Am tschechischen Theater in Olmütz unter der Direktion von Stanislaus Langner wurde am Samstag „Kreid“ tschechisch uraufgeführt. Das Stück wurde sehr freudlich aufgenommen.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag 1/8 Uhr: Boris Gudonow, G. 2. — Freitag 1/8 Uhr: Zuebener Erde und erster Stof, Bankbeamte und freier Verkauf, D. 1. — Samstag halb 8 Uhr: Der junge Baron Neubaus, Erstaufführung, G. 2. — Sonntag 11 Uhr: Kammermusik, halb 2 Uhr: Goldenes Prag, halb acht Uhr: Sigaros Hochzeit, A. 1. —

Wochenplan der Kleinen Bühne. Donnerstag 8 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer: Demina. — Freitag halb 8 Uhr: Ray im Saal, Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag halb 8 Uhr: Kaba, Gastspiel Leop. Kramer. — Sonntag 3 Uhr: Sturm im Wasserglas, 8 Uhr: Gastspiel Leop. Kramer: Kaba. —

Aus der Partei

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker — S. 3. II. — S. 3. III. Heute, halb acht Uhr im Heim der Vereinigung Diskussionsabend über Kriegspolitik. Gäste aus befreundeten Organisationen willkommen.
Bezirksorganisation. Freitag, den 23. Feber, um 8 Uhr abends Sitzung der Bezirksvertretung im Parteihaus, Nárödni št. 4.

Der Film

Das Lied der schwarzen Berge

Ein deutscher Regisseur namens Rathge hat hier einen Werbefilm für Südslawien in Szene gesetzt: er hat die großartige Bergwelt von Montenegro, er hat die Mauern von Kofar, den Strand von Dubrovnik, den Bazar von Sarajevo, die Straßen von Belgrad und die Tänze montenegrinischer Bauern in eindrucksvollen Bildern gebracht — und das Ganze hätte sehr lebend- und lebenswert werden können, wenn nicht eine Handlung wäre, die alle diese Bilder zusammenhalten soll, aber sie in Wirklichkeit auseinanderzieht und unbeschreiblich langweilige Zwischenräume schafft. Diese armeneliche Liebesgeschichte von der eifersüchtigen Bauernmutter und dem heldenhaften Journalisten sollte man noch nachträglich aus dem Film heraus schneiden. Sie ist mit ihren lächerlichen und grotesken in schlechtem Deutsch gesprochenen Dialogen und mit ihren plump erdachten und ebenso dargestellten Abenteuer eine zu schwere Belastung der schönen Naturaufnahmen. —els—

Literatur

Die Vorgeschichte des „Dritten Reiches“. Dieser Tage erscheint in London ein politisch-historisches Werk über die Vorgeschichte des „Dritten Reiches“ — bearbeitet und herausgegeben von Dr. Helmut Klob, früher Berlin, jetzt Paris. Dieses Werk, das in der englischen Ausgabe den Titel führt: „From Weimar to Chaos“ („Von Weimar ins Chaos“), behandelt die Gesamtheit der Geschehnisse vom Sturz Brünnings an bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Es gründet sich auf die Tagesblätter eines der führenden Offiziere der deutschen Wehrmacht und auf Aufzeichnungen seines politischen und militärischen Freundeskreises; es befaßt somit die Bedeutung einer offiziellen Darstellung jener Ereignisse, die sich nur zum geringen Teile vor, zum größten Teile aber hinter den Kulissen abgepielt haben. Und: wer die besonderen Verhältnisse in Deutschland kennt, der weiß, daß in erster Linie gewisse Stellen der Reichswehr imstande und berufen sind, Entscheidendes über jene Epoche anzufügen und zu berichten. Dem vorliegenden Band werden zwei weitere, chronologisch sich anschließende Bände folgen.

Prager Messe

11. — 18. März 2270
die Gelegenheit zum vorteilhaften Einkauf!
Allgemeine Messe — Sondervorstellungen
33 % Fahrpreismäßigung. — Auskünfte und Messeausweise von den Messeverteilern und vom Messeamt, Prag VII., Messopalast

Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inzerate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einreichung der Retourmarken. — Die Zeitungsfreikarte wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-N.G., Prag.